

**„DEMOKRATIE
STÄRKEN –
RECHTSEXTREMISMUS
BEKÄMPFEN**

**BADEN-WÜRTTEMBERG
FÜR TOLERANZ UND
MENSCHLICHKEIT“**

**Teamer-Leitfaden zur Ausstellung
des Fritz-Erler-Forums der
Friedrich-Ebert-Stiftung**

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**

**Fritz-Erler-Forum
Baden-Württemberg**

Impressum

Herausgeber

Friedrich-Ebert-Stiftung / Fritz-Erler-Forum
Anja Dargatz (v. i. S. d. P.)

Text und Redaktion

Ellen Esen, Sarah Hepp,
Valentum Kommunikation GmbH

Layout und Satz

Valentum Kommunikation GmbH
Bischof-von-Henle-Str. 2b
93051 Regensburg
www.valentum-kommunikation.de

Druck

Sattig & Hipp GmbH
Max-Eyth-Straße 11
70771 Leinfelden-Echterdingen
www.sattigundhipp.de

Stuttgart, März 2018

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Informationen zur Ausstellung	6
Organisatorisches zur Ausstellung	7
Themen der Ausstellungstafeln im Überblick	8
Tafel 1: Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen	9
Tafel 2: Warum eigentlich Demokratie?	11
Tafel 3: Demokratie in Gefahr	13
Tafel 4: Rechtsextremes Weltbild	15
Tafel 5: Rechtsextreme Einstellungen und Verhalten	18
Tafel 6: Rechte Aktivitäten in Baden-Württemberg	21
Tafel 7: Todesopfer rechter Gewalt seit 1990	24
Tafel 8: Rechtsextreme Parteien	28
Tafel 9: Rechtspopulismus	32
Tafel 10: Ist Europa auf dem „rechten“ Weg?	35
Tafel 11: Vom Rand zur Mitte	38
Tafel 12: Erlebniswelt Rechtsextremismus	40
Tafel 13: Rechtsextreme Jugendszene	43
Tafel 14: Frauen in der rechten Szene	47
Tafel 15: Was tun bei Stammtischparolen	50
Tafel 16: Was tun? – Was tun!	53
Serviceteil	55

Vorwort

Liebe Teamer_innen,

Rechtsextremismus stellt eine Gefahr für unsere Demokratie, den sozialen Frieden und den Zusammenhalt in unserer Einwanderungsgesellschaft dar. Rechtsextreme betrachten Menschen als ungleich, wobei sie höhere Rechte für „Deutsche“ einfordern und damit gegen den Gleichheitsgrundsatz unserer Verfassung verstoßen und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte missachten.

Die Ausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen. Baden-Württemberg für Toleranz und Menschlichkeit“ möchte Schülerinnen und Schüler ab 14 Jahren sowie Interessierte auf diese Gefahren hinweisen und über die verschiedenen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus mit speziellem Schwerpunkt auf Entwicklungen in Baden-Württemberg informieren. Es werden mögliche Gründe für und die Ausprägungen von rechtsextremen Einstellungen und Weltbildern dargestellt und aufgezeigt, welche Formen rechtsextremes Verhalten annehmen kann. Dabei wird der Bogen von rechtsextremen Einstellungen über das Engagement in rechtsextremen Organisationen und Parteien bis hin zur rechtsextrem motivierten Straftat geschlagen. Ein besonderer Fokus der Ausstellung liegt darauf, aufzuzeigen, wie man sich gegen Rassismus und Gewalt und für Demokratie und Menschlichkeit einsetzen kann. Die Ausstellung möchte gegen eine Normalisierung rechter Einstellungen und Übergriffe in der Nachbarschaft wirken und zu Zivilcourage ermuntern.

Den „Teamer_innen“ fällt dabei die Aufgabe zu, die Besucher_innen durch die Ausstellung zu führen, für Fragen zur Verfügung zu stehen und möglicherweise kleinere Diskussionen zu verschiedenen Aspekten der Ausstellung anzuregen. Der vorliegende „Teamer-Leitfaden“ soll dabei als Anregung dienen, wie die Ausstellungsführung gestaltet werden kann. Neben den einzelnen Ausstellungstafeln liefert der Leitfaden Hintergrundinformationen, Anregungen zur Führung und in einem Serviceteil haben wir Links, Literatur und Filme zum Thema gesammelt.

Sarah Hepp

Fritz-Erler-Forum



Informationen zur Ausstellung

Im Mittelpunkt dieser Ausstellung steht ein Tisch.

Der Tisch ist ein Ort der Begegnung und Kommunikation, um den sich Menschen versammeln. Familienmitglieder berichten einander ihren Tag, Konferenzen werden abgehalten, Argumente ausgetauscht und Stammtischparolen geschwungen. Der Tisch ist aber auch Lern- und Studienort, auf dem der Computer steht, die Zeitung ausgebreitet wird, Bücher aufgeschlagen und Dinge abgelegt werden.

Dieser Tisch könnte überall stehen.

Vielleicht war es ein solcher Tisch, an dem am 20.12.2003 Leonhard S. saß, bevor er mit Freunden nach Heidenheim aufbrach. Dort erstach er noch am selben Tag die drei jungen Aussiedler Waldemar, Aleksander und Viktor. Vielleicht werden auch an einem solchen Tisch die rechtsradikalen Inhalte der Bücher des Tübinger Grabert-Verlages verfasst. Vielleicht sitzen rechtsextreme Kader daran, die ihre Aktionen planen und an neuen Kampagnen feilen. Oder es ist ein Stammtisch in irgendeiner Stuttgarter Kneipe, an dem fremdenfeindliche Parolen und Vorurteile ausgetauscht werden. Womöglich sitzt jemand ganz allein am Tisch und surft im Internet, zieht sich rechtsextreme Videos auf YouTube rein, verfasst anonym Hassmails und postet sie in sozialen Netzwerken.

Vielleicht sitzen an diesem Tisch aber auch Menschen, die Vorurteilen etwas entgegensetzen wollen, oder Menschen, die in Projekten und Initiativen planen, wie man sich gegen Rassismus und Gewalt und für Demokratie und Menschlichkeit engagieren kann. Womöglich sitzt jemand allein am Tisch, fühlt sich ohnmächtig, möchte aber etwas gegen die braune Hetze tun. Nur was?

Das Fritz-Erler-Forum breitet nun auf seinem Ausstellungstisch Informationsmaterialien zum Thema Rechtsextremismus aus, denn Informationen sind für ein Engagement gegen den Rechtsextremismus genauso wichtig, wie das Bewusstsein für das demokratische Fundament unserer Gesellschaft.

Dieser Tisch bildet den Rahmen und Mittelpunkt der Ausstellung. Wer die Ausstellungstafeln aufmerksam betrachtet wird feststellen, dass der Tisch die Fläche bietet, auf der die einzelnen Aspekte der Ausstellung „ausgebreitet“ werden.

● Tipps zur Führung

Mit der Ausstellung legen wir Dinge und Probleme buchstäblich auf den Tisch. Sie sind nun dort. Jetzt geht es darum zu ergründen, was wir damit machen. Oft werden unangenehme Dinge einfach unter den Tisch gekehrt. Wir wollen mit der Führung aber genau das Gegenteil erreichen und über Rechtsextremismus und seine unterschiedlichen Facetten sprechen.

Mögliche Fragen an die Teilnehmer_innen:

- *Warum wird über rechtsextreme Vorfälle so oft geschwiegen?*
- *Warum werden sie auch oft an Schulen nur wenig thematisiert?*

Organisatorisches zur Ausstellung

Die Ausstellung des Fritz-Erler-Forums der Friedrich-Ebert-Stiftung weist auf 16 Ausstellungstafeln auf die Gefahren hin, die vom Rechtsextremismus für Demokratie und Menschenrechte ausgehen und informiert über die verschiedenen Facetten des Rechtsextremismus mit speziellem Blick auf Entwicklungen in Baden-Württemberg.

Sie wird auf einer Fläche von ca. 40 qm Platz nehmen. Die Ausstellung besteht aus 16 freistehenden Tafeln (Roll-Ups im Format von 90 x 200 cm), die sehr flexibel aufzustellen und leicht aufbaubar sind.

Eine Ausstellungsführung wird etwa eine Schulstunde (45 Minuten) dauern. Pro Tafel steht somit ein Zeitrahmen von ca. 3 Minuten zur Verfügung. In dem knappen Zeitfenster ist es unmöglich, auf alle Informationen, die auf den Tafeln stehen, einzugehen. Stattdessen können nur einzelne Aspekte herausgegriffen werden, die besonders wichtig erscheinen. Die Ausstellungsbesucher_innen können sich nach der Führung gerne noch einmal einzelne Tafeln, die sie besonders interessant finden, anschauen.

Wichtig ist es, die Führung so zu gestalten, dass sie auch für junge Leute und Menschen ohne Vorkenntnisse interessant ist und wenn möglich an die Alltagswelt der Ausstellungsbesucher_innen anknüpft.

Bei der Besichtigung der Ausstellung können einzelne Elemente/Tafeln ausgespart und der Blick auf ausgewählte Tafeln gelenkt werden. Wie die Führung letztendlich durchgeführt wird, liegt vollkommen im Ermessen der Teamer_innen und den lokalen Bedingungen vor Ort. Zur Ausstellung gibt es pädagogisches Begleitmaterial des Fritz-Erler-Forums. Auf unserer Internetseite finden sich zudem die Ausstellungstafeln und Informationen über die Ausleihbedingungen: www.fes.de/fritz-erler-forum/unser-themen/ausstellungen/gegen-rechts/.

Ein Ziel der Ausstellung ist es, lokale Entwicklungen der extremen Rechten zu berücksichtigen. Eventuell kann dazu eine eigene Tafel ergänzend erarbeitet werden. Das Büro des Fritz-Erler-Forums unterstützt dabei gerne im Rahmen der Möglichkeiten.

Themen der Ausstellungstafeln im Überblick

Demokratie und Rechtsextremismus

Tafel 1: Demokratie stärken

– Rechtsextremismus bekämpfen

Tafel 2: Warum eigentlich Demokratie?

Tafel 3: Demokratie in Gefahr

Die rechtsextreme Idee

Tafel 4: Rechtsextremes Weltbild

Tafel 5: Rechtsextreme Einstellungen und Verhalten

Die rechtsextreme Realität

Tafel 6: Rechte Aktivitäten in Baden-Württemberg

Tafel 7: Todesopfer rechter Gewalt seit 1990

Tafel 8: Rechtsextreme Parteien

Tafel 9: Rechtspopulismus

Gesellschaftspolitische Tendenzen und Ziele des Rechtsextremismus

Tafel 10: Ist Europa auf dem „rechten“ Weg?

Tafel 11: Vom Rand zur Mitte

Die rechtsextreme Lebenswelt

Tafel 12: Erlebniswelt Rechtsextremismus

Tafel 13: Rechtsextreme Jugendszene

Tafel 14: Frauen in der rechten Szene

Rechtsextremismus bekämpfen

Tafel 15: Was tun bei Stammtischparolen?

Tafel 16: Was tun? Was tun!

● **Tipps zur Führung**

Die Reihenfolge der Ausstellungstafeln muss nicht zwingend eingehalten werden. Wenn es die Zeit erfordert oder bei einigen Tafeln bereits eine Diskussion über Themen stattfindet, die auf anderen Tafeln erläutert werden, dann kann gesprungen werden. Es kann auch der Hinweis gegeben werden, dass auf das Thema später noch genauer eingegangen wird.

Tafel 1: Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen

Auf der ersten Ausstellungstafel werden verschiedene Elemente und Informationen aufgegriffen, die auf den folgenden Tafeln noch genauer erläutert werden. Diese Tafel bietet sich daher an, um die Teilnehmer_innen auf die Ausstellung einzustimmen.

Hintergrundinformationen

Rechtsextremismus in Baden-Württemberg ist keine Randerscheinung. Im November 2011 wurde bekannt, dass eine rechtsterroristische Gruppierung, der sogenannte „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU), schwerste Verbrechen begangen haben soll. Dem NSU werden neun Morde an Migranten und das Attentat vom 25. April 2007 in Heilbronn zugeschrieben. Dabei kam eine junge Polizistin ums Leben und ihr Kollege wurde lebensgefährlich verletzt. Jahrelang blieben die schrecklichen Taten ungeklärt. Die Sicherheitsbehörden stehen deswegen in der Kritik. Es ist auch nicht auszuschließen, dass weitere Gruppierungen, die bereit sind, rechten Terror auszuüben, existieren bzw. sich solche formieren. Im Jahr 2016 wurden allein in Baden-Württemberg 1.371 politisch motivierte Straftaten aus dem rechten Spektrum gezählt, 44 davon waren Gewalttaten. Seit 2015 erleben wir eine Serie von Brandanschlägen auf geplante oder bereits bestehende Flüchtlingsunterkünfte.

In Baden-Württemberg sind verschiedene rechtsextremistische und rechtsgerichtete Gruppierungen und Parteien aktiv. Hinzu kommt, dass die Jugendorganisation der NPD, die Jungen Nationaldemokraten (JN), in Baden-Württemberg einen ihrer stärksten Landesverbände hat.

Rechtsextremismus ist kein Phänomen, das sich irgendwo am Rande der Gesellschaft abspielt. Rassistische und menschenverachtende Einstellungen bilden den Nährboden für unterschiedliche Erscheinungsformen, die vielerorts – auch in Baden-Württemberg – zum Alltag gehören. Darauf verweist die oben links auf dem Tisch liegende Studie „Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016“. Die Problematik, welche die Broschüre aufgreift, wird auf den folgenden Ausstellungstafeln noch genauer erläutert.



Was den Wert der Demokratie ausmacht und was sie bestimmen sollte, veranschaulichen verschiedene Zitate von prominenten Persönlichkeiten, die sich verstreut auf der gesamten Eingangstafel finden. Ein Foto links mittig zeigt die Widerstandsgruppe „Weiße Rose“, der junge Menschen angehörten, die ihren Widerstand gegen das NS-Regime mit dem Tode bezahlen mussten.

Auch heute gibt es in Baden-Württemberg zahlreiche Initiativen und Projekte, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren und vielfältige Aktionen ins Leben rufen. Beispiele dafür finden sich ebenfalls auf der Ausstellungstafel.

● **Tipps zur Führung**

Um die Teilnehmer_innen an das Thema heranzuführen könnte versucht werden, einen regionalen oder persönlichen Bezug herzustellen.

Mögliche Fragen an die Teilnehmer_innen:

- *Hat jemand von euch schon einmal selbst fremdenfeindliche Pöbeleien oder Übergriffe beobachtet? Wie hast du dich in dieser Situation verhalten? Wie haben sich andere Augenzeug_innen oder Passant_innen verhalten?*

Tafel 2: Warum eigentlich Demokratie?

Diese Ausstellungstafel greift das Menschenbild der Rechtsextremen auf. Außerdem werden hier noch einmal die Grundprinzipien unserer Demokratie und unseres Grundgesetzes dargestellt und mit der Ideologie bzw. dem Menschenbild der Rechtsextremen verglichen.

Hintergrundinformationen

Im ersten Artikel des Grundgesetzes heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Der Staat verpflichtet sich dazu, alles zu unterlassen, was die Würde des einzelnen Menschen verletzt. Er garantiert zudem, dass jeder bestraft wird, der andere unwürdig behandelt – zum Beispiel indem er sie aufgrund ihrer Herkunft, ihres Alters, ihrer Religion oder ihres Geschlechts diskriminiert/benachteiligt.

Die Achtung der Menschenwürde ist fester Bestandteil unserer Verfassung, jeder Mensch in unserem Land kann sich auf dieses Recht berufen. Es ist nicht abhängig von der Staatsbürgerschaft eines Menschen, seiner Religion, seiner Hautfarbe oder seiner Herkunft. Das Individuum steht im Mittelpunkt des Staatsverständnisses, nicht der Staat, das Volk, die Regierung etc.

Die Idee der Menschenwürde hat eine lange Tradition. Sie geht sowohl auf das christlich-jüdische Menschenbild als auch auf die Ideen der Aufklärung zurück. Der Aufklärungsphilosoph Immanuel Kant formulierte den Begriff der Menschenwürde als „Zweck an sich“ und niemals als „Mittel zum Zweck“.

Im Gegensatz dazu steht das Menschenbild der Rechtsextremen. Für sie steht nicht das Individuum, der einzelne Mensch, im Mittelpunkt allen staatlichen Handelns, sondern das Kollektiv, die Gemeinschaft. Auch gilt nicht das Gleichheitsprinzip, sondern ein auf Ausgrenzung und Herabwürdigung basierendes Verständnis des Zusammenlebens, wie es unter der Nazidiktatur propagiert und praktiziert wurde. Die Formel „Du bist nichts - Dein Volk ist alles“, bringt die NS-Ideologie (Weltanschauung) auf den Punkt. Der Wert des Einzelnen sollte sich nur noch an dem Wert und Nutzen orientieren, den er für die völkische Ge-



meinschaft hat. Der Freiheit des Individuums gegenüber dem Staat wurde mit dem Nationalsozialismus eine endgültige Absage erteilt.

Dass dieses abstrakte und wenig greifbare Recht auf Menschenwürde am Anfang des Grundgesetzes steht, ist eine direkte Lehre aus dem Nationalsozialismus. Die Nürnberger Gesetze der Nationalsozialisten unterteilten Menschen in „Deutschblütige“, „Mischlinge“ und „Jüd_innen“. Aufgrund dieser Einteilung wurden zunächst Ehen zwischen Jüd_innen und „Deutschen“ verboten. Es folgten weitere Verordnungen, die bis hin zu Einschränkungen des alltäglichen Lebens reichten. So wurde es Jüd_innen z.B. verboten, Rundfunkgeräte und Haustiere zu besitzen. Dieses Gesetz und die darauf aufbauenden Verordnungen waren ein Schritt mit dem Ziel der Ausgrenzung von Jüd_innen aus der Gesellschaft und dem öffentlichen Leben Nazideutschlands, auf den schließlich die systematische Ermordung der Jüd_innen Europas folgte. Unten rechts auf der Ausstellungstafel findet sich ein Hinweis auf die Nürnberger Gesetze.

Demokratie bedeutet Herrschaft des Volkes. Für eine funktionierende Demokratie ist es also unabdingbar, dass jede und jeder Einzelne auch Demokratie lebt. Gelebte Demokratie kann beim Wahlakt beginnen und in das Engagement in einer Partei oder Bürgerinitiative münden.

● Tipps zur Führung

Mit dem Ziel, die Teilnehmer_innen auf den gleichen Informationsstand zu bringen, kann genauer auf das Grundgesetz eingegangen werden.

Mögliche Fragen an die Teilnehmer_innen:

- *Wie lautet der erste Artikel unseres Grundgesetzes? Was bedeutet dieser Artikel? Welche Grundrechte kennt ihr und was bedeuten diese?*

Außerdem lässt sich auch eine Diskussion darüber führen, wie diese Grundrechte in der Realität wirken.

Mögliche Fragen an die Teilnehmer_innen:

- *Wer von euch glaubt von sich selbst, Demokratie zu leben? Habt ihr selbst Erfahrungen mit Diskriminierung oder Benachteiligung gemacht? Wo habt ihr das beobachtet?*

Weiterführende Informationen: Filmtipp

Das Klemmbrett oben rechts auf der Tafel, überschrieben mit der Frage „Wohin soll die Klassenreise gehen?“, kann als Anregung dienen, über Demokratie im Schulalltag zu sprechen. Vielen Teilnehmer_innen dürfte das Buch oder der Film „Die Welle“ bekannt sein. In einem erschütternden Experiment versucht ein Lehrer seinen Schüler_innen die Entstehung einer Diktatur verständlich zu machen und es zeigt sich, wie zerbrechlich die Demokratie auch heute noch ist. Arbeitsmaterial zum Film findet sich beispielsweise unter folgendem Link: www.goethe.de/mmo/priv/5334848-STANDARD.pdf.

Tafel 3: Demokratie in Gefahr

Auf dieser Tafel wird auf die freiheitliche demokratische Grundordnung, die im Grundgesetz verankert ist, eingegangen und diese mit den politischen Zielen und Ideologien der Rechtsextremen verglichen.

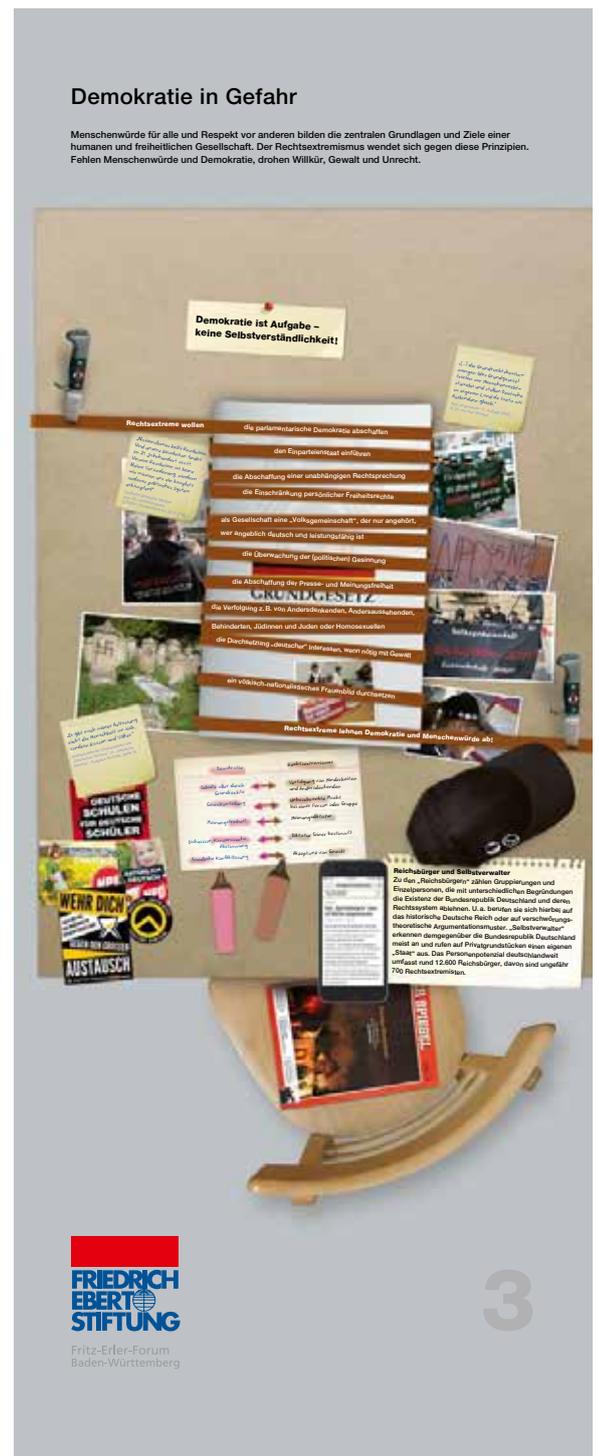
Hintergrundinformationen

Das Grundgesetz stellt die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland dar. Es trat am 24.5.1949 in Kraft, also vier Jahre nach dem Ende der Nazidiktatur (1933-1945).

Die Mütter und Väter der Verfassung waren sich einig: Das Grundgesetz muss unveräußerliche Grund- und Menschenrechte beinhalten, die von keiner Instanz aberkannt werden können. Der Grund für diese Entscheidung liegt in der historischen Erfahrung mit der Nazidiktatur: Sogleich nach ihrer Machtergreifung erklärten die Nazis Grundrechte für wirkungslos und markierten auf diese Weise den Beginn der beispiellosen Schreckensherrschaft.

Doch das Grundgesetz schreibt nicht nur die unveräußerlichen Grundrechte aller Menschen fest, sondern regelt zugleich auch den Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland. Der unabänderliche Artikel 20 des Grundgesetzes schreibt beispielsweise die Gewaltenteilung in unserem Staat fest. Dieser Artikel schützt unseren Staat und seine Bürger_innen vor einer Willkürherrschaft – etwa durch eine Partei oder Regierung. Außerdem ist Deutschland auch eine „wehrhafte Demokratie“. Das bedeutet, dass beispielsweise extremistische und verfassungsfeindliche Parteien vom Verfassungsschutz beobachtet werden dürfen und gegebenenfalls ein Verbotverfahren gegen sie eingeleitet werden kann, sollten sie anstreben, unsere demokratische Grundordnung außer Kraft zu setzen. Unveräußerliche Grundrechte, Gewaltenteilung und eine „wehrhafte Demokratie“ garantieren aber nicht, dass unsere Demokratie keinen Gefahren ausgesetzt ist. Demokratie ist kein Selbstläufer. Sie bedarf einer Zivilgesellschaft die die Werte, die in unserer Verfassung festgeschrieben sind, mit Leben füllt.

Auf der Ausstellungstafel ist das Grundgesetz zu sehen, das von einem Band umschlungen ist, auf dem das „Staatsverständnis“ der Rechtsextremen steht. Das Band soll ver-



deutlichen, dass dieses nichts gemein hat mit unserer Demokratie. Im Gegenteil, es würde sie aushöhlen oder gar außer Kraft setzen, denn viele Rechtsextreme lehnen das demokratische System der Bundesrepublik Deutschland offen ab. Im Grußwort von Alexander Neidlein, einem der führenden Rechtsextremen in Baden-Württemberg, zum JN-Landeskongress 2006 hieß es: „Nationalismus heißt Revolution. Unsere Revolution findet im 21. Jahrhundert statt. Unsere Revolution ist keine kleine Veränderung, sondern wir müssen uns ein komplett anderes politisches System erkämpfen.“

● Tipps zur Führung

Beim Zeigen dieser Tafel könnte das Grundgesetz herumgereicht oder gar verteilt werden. Um das Spannungsfeld zwischen Rechtsextremismus und Demokratie zu verdeutlichen, kann eine Diskussion über die Gefahren geführt werden, die aus dem rechtsextremistischen Staatsverständnis für die demokratische Gesellschaft erwachsen. Die Gegensätze sind auf der Karteikarte in der unteren Hälfte der Tafel noch einmal verdeutlicht, rechtsextremistische Ziele sind auf dem braunen Band beschrieben.

Mögliche Fragen an die Teilnehmer_innen:

- *Welche Auswirkungen hätte ein Ein-Parteien-Staat auf unser Zusammenleben? Was würde es bedeuten, wenn die Presse- und Meinungsfreiheit abgeschafft werden würde?*

Außerdem können die Zitate auf den gelben Zetteln in die Diskussion eingebunden und damit verdeutlicht werden, welche Ziele Rechtsextreme verfolgen.

Bei jüngeren Teilnehmer_innen könnte noch einmal genauer auf das Grundgesetz eingegangen werden. Dabei kann erklärt werden, dass es sich um die Verfassung Deutschlands handelt und es daher die grundlegende Ordnung Deutschlands festlegt: Die Macht geht vom Volk aus, es herrscht Gewaltenteilung, die Menschenrechte sind unantastbar. Zu den Menschenrechten gehört beispielsweise, dass Jede und Jeder das Recht auf freie Entfaltung der Person haben, dass Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit und die Gleichberechtigung von Mann und Frau gelten.

Mögliche Fragen an jüngere Teilnehmer_innen:

- *Was ist das Grundgesetz? Warum brauchen wir das Grundgesetz?*

Tafel 4: Rechtsextremes Weltbild

Im rechtsextremen Weltbild finden Menschenwürde und Demokratie keinen Platz. Es orientiert sich an verschiedenen Ideologieelementen und kann unterschiedlich stark ausgeprägt sein. Im oberen Tafeldrittel wird das demokratische Menschenbild dem Menschenbild der Rechtsextremen gegenübergestellt. Im Anschluss wird das rechtsextreme Weltbild nach der Definition von Rechtsextremismusforscher_innen erläutert. Dabei gibt es jedoch nicht die eine Definition für Rechtsextremismus, sondern viele verschiedene. Auf der Ausstellungstafel werden sieben unterschiedliche Ideologieelemente des rechtsextremen Weltbildes benannt, bei all denen im Kern von einer Ungleichwertigkeit der Menschen ausgegangen wird. Dies bedeutet, dass bestimmten Gruppen von Menschen ihre Rechte aberkannt werden. Nur wenn alle Ideologieelemente zusammenkommen, wird von einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild gesprochen.

Hintergrundinformationen

Das rechtsextreme Weltbild umfasst verschiedene Ideologieelemente.

Unter dem Element „**Ausländerfeindlichkeit**“ versteht man die feindselige Einstellung gegenüber Migrant_innen. Diese Vorurteile basieren auf der Ablehnung einer heterogenen und der Befürwortung einer homogenen Gesellschaft. Daraus erwachsen unterschiedliche Formen und Begründungsmuster der Ausländerfeindlichkeit. Der biologische Rassismus behauptet, dass das Volk über Blutsbande verbunden sei und neu hinzukommende Ausländer_innen diese Blutsbande zerstörten. Beim kulturellen Nationalismus steht der Gedanke im Mittelpunkt, dass sich unterschiedliche nationale Kulturen, die jeweils als unabänderlich betrachtet werden, unvereinbar gegenüberstünden.

Laut der Studie „Gespaltene Mitte – feindselige Zustände“ der Friedrich-Ebert-Stiftung zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland, stimmten 7,7 % der deutschen Bevölkerung im Jahr 2016 ausländerfeindlichen Aussagen zu.

„**Antisemitismus**“ ist der Sammelbegriff für feindselige Einstellungen gegenüber Menschen jüdischen Glaubens.

Rechtsextremes Weltbild

Im rechtsextremen Weltbild finden Menschenwürde und Demokratie keinen Platz. Es orientiert sich an verschiedenen Ideologieelementen und kann unterschiedlich stark ausgeprägt sein. Seine wesentliche Grundlage bildet die Vorstellung von der Ungleichwertigkeit der Menschen.

Gleichwertigkeit aller Menschen im Grundgesetz
„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

„Ungleichwertigkeit“ bei den Rechtsextremen
„Die eigene Nation, die moralisch nicht über anderen Nationen steht, aber gegen diese ihre kulturelle Identität zu behaupten und ihre Lebensweisen zu behaupten hat, ist der höchste ethische Wert.“

Ausländerfeindlichkeit
Dieser werden Feindseligkeiten gegenüber Migrant_innen erfasst. Diese basieren auf der Ablehnung einer heterogenen (gleichartigen) und der Befürwortung einer homogenen (gleichartigen) Gesellschaft.
„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfordert.“

Antisemitismus (Feindschaft gegenüber Juden)
Antisemitismus ist der Sammelbegriff für die Diskriminierung von Sinti und Juden.
„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigenartliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“

Befürwortung einer Diktatur (Ablehnung der Demokratie)
Nach dieser Vorstellung soll über das Volk regiert werden, das Volk hat dabei kein Mitspracherecht.
„Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohl aller mit starker Hand regiert.“

Verharmlosung und Leugnung des Nationalsozialismus
Die Verharmlosung geschieht durch eine Verherrlichung des Nationalsozialismus, eine Gleichsetzung der nationalsozialistischen Verbrechen mit Verbrechen anderer Staaten und durch Hervorheben von „guten Seiten“ des Regimes, ohne die Missachtung von Demokratie und Menschenwürde zu berücksichtigen.
„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“

Sexismus und Homophobie
Wer sexuell eingestuft ist, spricht Frauen die wirtschaftliche, soziale und politische Gleichberechtigung ab, Männer werden als Überlegen angesehen. Aus dieser Perspektive sollen Frauen vor allem gut aussahen, Kinder zur Welt bringen und den Haushalt führen. Wer homophob eingestuft ist, will nicht akzeptieren, dass es gleichgeschlechtliche Liebe sowie Menschen gibt, die sich nicht gerne einem einseitigen Geschlecht zuordnen lassen wollen.
„Homosexualität ist unmoralisch.“

Nationaler Überlegenheitsanspruch (Überlegenheit)
Dabei wird die eigene Nation als anderen Nationen Überlegen angesehen.
„Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energiegeloses Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“

Sozialdarwinismus (Verfolgung von „unwertvollen“ Leben)
In einer falschen Auslegung einer Theorie von Charles Darwin wird bestimmten Menschen das Existenzrecht aberkannt, indem eine Unterscheidung zwischen „wertvollen“ und „unwertvollen“ Leben getroffen wird.
„Wir in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“

Friedrich-Ebert-Stiftung
Fritz-Erler-Forum
Baden-Württemberg

4

Antisemit_innen sehen Jüd_innen als minderwertig, aber auch als Bedrohung an. Sie unterstellen ihnen negative Attribute, weswegen die sie Feinde seien, die man bekämpfen müsse. Antisemitismus kann sich auch durch eine Feindschaft gegenüber dem Staat Israel ausdrücken, in dem überwiegend Jüd_innen leben. Diese, als „Antizionismus“ bezeichnete Form des Antisemitismus richtet sich ersatzweise gegen den von Jüd_innen bewohnten Staat statt gegen einzelne Menschen.

Antisemitischen Aussagen stimmten laut der Mitte-Studie 2,4 % der deutschen Bevölkerung zu.

Beim Ideologeelement „**Sozialdarwinismus**“ wird die Gesellschaft biologisch verstanden. Dabei beziehen sich Sozialdarwinisten auf den Naturforscher Charles Darwin (1809–1882). Dieser entwickelte die Theorie, dass diejenigen Mitglieder einer Art überleben, die am besten an die Umweltbedingungen angepasst sind („survival of the fittest“). Der Sozialdarwinismus verfälscht diesen Gedanken. Er überträgt ihn auf die menschliche Gesellschaft und spricht damit „schwachen“ Mitgliedern der Gesellschaft (älteren Menschen, Kranken, Behinderten, etc.) ihre Existenzberechtigung ab, weil sie die eigene Spezies am Überleben hinderten. Folglich trifft dieses Gesellschaftsverständnis eine Unterscheidung von wertvollem und unwertem Leben.

Sozialdarwinistische Aussagen teilen laut der Mitte-Studie in Deutschland 2,0 %.

Diese drei Ideologeelemente – Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Sozialdarwinismus – verbindet die Auffassung, dass bestimmten Gruppen von Menschen wie z.B. Migrant_innen, Jüd_innen oder Menschen, die sich nicht mehr alleine helfen können, die krank sind oder eine Behinderung haben, ihre Menschenrechte abgesprochen werden.

Beim Ideologeelement „**Sexismus und Homophobie**“ geht es darum, Männern und Frauen eine unterschiedliche Wertigkeit zuzuschreiben. Der klassische Sexismus besteht darin, Frauen eine häusliche Rolle zuzuweisen und eine Überlegenheit des Mannes zu behaupten. Homophobie bezeichnet eine abwertende Haltung gegenüber

Menschen mit homosexueller Orientierung. Homosexualität wird hier als Normabweichung und Verstoß gegen geltende Moralvorstellungen verstanden.

Unter „**Nationalen Überlegenheitsanspruch**“ (Chauvinismus) werden ein aggressiver Nationalismus und ein übersteigertes nationales Selbstbewusstsein verstanden. Dabei wird die eigene Nation als anderen Nationen überlegen angesehen und mit anderen Nationen auch entsprechend umgegangen: Konflikt und nicht Kompromiss bestimmt das Handeln.

Chauvinistische Aussagen finden laut Mitte-Studie in Deutschland bei 12,1 % der deutschen Bevölkerung Zustimmung.

Die „**Befürwortung einer Diktatur**“ steht für die Ablehnung von Demokratie und Menschenrechten. Nach der Vorstellung einer solchen Staatsform soll über das Volk regiert werden, ohne ihm Mitsprache- oder Partizipationsmöglichkeiten zu geben. Hierbei geht es nicht darum, widerstrebende Interessen durch Diskussion und Kompromiss auszuhandeln, sondern ein vermeintlich gemeinsames Interesse durchzusetzen. An der Spitze steht eine Führungsperson, der willkürlich Entscheidungen trifft und niemandem Rechenschaft schuldig ist.

3,6 % der Menschen in Deutschland stimmen laut Mitte-Studie Aussagen zu, die eine Diktatur befürworten.

Die „**Verharmlosung und Leugnung des Nationalsozialismus**“ ist in Deutschland ein besonders sensibles Thema. Einige Rechtsextreme leugnen gar den Holocaust. Bedeutender sind allerdings die Versuche, die NS-Verbrechen nicht zu bestreiten, sondern zu relativieren und damit zu verharmlosen. Dies geschieht durch eine Gleichsetzung der nationalsozialistischen Verbrechen mit Verbrechen anderer Staaten (z.B. des Holocausts mit anderen Völkermorden in der Geschichte), durch Bagatellisierung der Verbrechen, durch Verweis auf Ursachen, die nicht vom Nationalsozialismus zu verantworten seien oder durch Hervorheben der „guten Seiten“ des Regimes, ohne die Missachtung von Menschenwürde und Demokratie zu berücksichtigen.

Die Zustimmung zu Aussagen, die den Nationalsozialismus verharmlosen, liegt laut Mitte-Studie in Deutschland 2016 bei 2,0 %.

Allen Ideologeelementen gemein ist eine Festsetzung der Ungleichwertigkeit der Menschen. Dieses „Kernelement“ wird auf der Tafel mittig unten aufgegriffen.

Die Pfeile sind ein Stilelement, mit dem verdeutlicht werden soll, dass sich einige Punkte aufeinander beziehen oder zum Teil auch wirt und ohne schlüssige Zusammenhänge miteinander verwendet werden.

● Tipps zur Führung

Die Elemente des „rechtsextremistischen Weltbildes“, die auf den Tafeln benannt werden, können bei der Führung zwar erwähnt, aber nicht ausführlich besprochen werden. Das grundsätzliche Prinzip der Ungleichwertigkeit sollte hingegen betont werden. Dabei kann diskutiert werden, inwieweit eine Selbstaufwertung durch die Abwertung anderer, eine Rechtfertigung von Diskriminierung oder eine Benachteiligung bis hin zum Gedanken physischer Vernichtung verfolgt wird. Auch hier kann ein Realitätsbezug das Verständnis des Themas fördern.

Mögliche Fragen an die Teilnehmer_innen:

- *Was wird mit einer Abwertung und ungleichen Behandlung von Menschen oder Gruppen bezweckt? Warum sind „voll schwul“ und „echt behindert“ gängige Bemerkungen, wenn etwas nicht läuft oder einfach schlecht ist?*

Darüber hinaus lassen sich die Unterschiede eines demokratischen und rechtsextremen Weltbildes anhand der Schaubilder oben auf der Tafel erläutern. Dabei lässt sich auch die tatsächliche Umsetzung des demokratischen Weltbildes kritisch diskutieren.

Mögliche Fragen an die Teilnehmer_innen:

- *Ist das Idealbild der Gleichwertigkeit aller Menschen in unserer Demokratie bereits verwirklicht? In welcher Situation lässt sich beispielsweise eine ungleiche Behandlung zwischen Männern und Frauen feststellen?*

Tafel 5: Rechtsextreme Einstellungen und Verhalten

In der Öffentlichkeit entsteht oft der Eindruck, Rechtsextremismus sei ein Problem am Rande der Gesellschaft, das nur wenige Menschen betrifft. Bei einem genaueren Blick zeigt sich jedoch, dass rechtsextreme Einstellungen weit verbreitet sind. Vorbehalte gegen Flüchtlinge, Sinti und Roma, aber auch gegen religiöse Minderheiten in Deutschland (z.B. Muslim_innen oder Jüd_innen), gegen Arbeitslose usw. werden von vielen Menschen geteilt. Empirische wissenschaftliche Studien belegen dies durch Befragungen der Bevölkerung.

Hintergrundinformationen

Rechtsextreme Einstellungen sind eine Bedingung und ein Nährboden für rechtsextremes Verhalten. In diesem Spannungsfeld zwischen rechtsextremer Einstellung und rechtsextremem Verhalten spricht man von latentem (im Denken) und manifestem (im Handeln) Rechtsextremismus. Dabei gehen die Einstellungen dem Verhalten voraus. Wer fremdenfeindlich eingestellt ist und beispielsweise von einer Straftat hört, die von einem Menschen mit Migrationshintergrund begangen worden ist, wird diese Information sehr wahrscheinlich auf alle „Ausländer_innen“ verallgemeinern, sich bestätigt fühlen und zu dem Ergebnis kommen: „Das sind allesamt Kriminelle“. Diese durch Einstellungen gesteuerte selektive Wahrnehmung der Realität spielt deshalb eine Rolle, weil jeder Mensch so handelt, wie er die Wirklichkeit wahrnimmt. Insofern sind die Einstellungen die Grundlage für das Verhalten. Grundlage heißt aber auch, dass rechtsextreme Tendenzen zwar eine Bedingung für rechtsextremes Verhalten sind, gleichwohl sich nicht Jede oder Jeder mit rechtsextremen Einstellungen auch rechtsextrem verhält. Neben den Einstellungen müssen ein Motiv und eine Gelegenheit vorliegen, um tatsächlich eine rechtsextremistische Handlung auszulösen. Dies verdeutlichen die roten Etiketten, die entlang einer Schnur über die Tafel verteilt sind.

Rechtsextremistische Parteien wie die NPD zeigen sich deshalb enttäuscht darüber, dass es augenscheinlich viele Menschen gibt, die rassistisch und rechtsextrem denken, die aber nie eine rechtsextremistische Partei wählen würden.

Rechtsextreme Einstellungen und Verhalten

In der Öffentlichkeit entsteht häufig der Eindruck, Rechtsextremismus sei ein Problem am Rande der Gesellschaft, das nur wenige Menschen betrifft. Doch die Neigung zu rechtsextremen Einstellungen sind weiter verbreitet, als viele es wahrhaben möchten.

Rechtsextremismus hat eine Einstellungs- und eine Verhaltensseite. Sie sind nicht immer deckungsgleich. Nicht jede_r, der rechtsextrem eingestellt ist, verhält sich auch so. Wie mehrere Umfragen der Friedrich-Ebert-Stiftung belegen, sind neonazistische und antisemitische Einstellungen deutlich weiter verbreitet als rechtsextremes Verhalten. Das Verhaltensspektrum reicht von rassistischen Bemerkungen über das Wählen einer extrem rechten Partei bis hin zu Terror, wie ihn die NSU bestritten hätte.

Wem Werte wahl tun
Rechtsextreme Gedankengänge kommt – bewusst oder unbewusst – häufig in unscheinbaren und vermeintlich harmlosen Äußerungen zum Ausdruck. Die folgenden Zitate stammen aus Befragungen von Betroffenen:

„Kommentar meiner Oma, als ich ihr sagte, dass mein Freund Arabier“
Abwehrender sei: „Flüchtlinge und Pegida leben doch auch friedlich miteinander und müssen sich nicht gleich paaren.“

„Ich habe bei einer Zeitschrift gearbeitet und wurde immer als Quotenfresser beschimpft. Und natürlich sollte es immer nur ein Schwarzer sein.“

„Wenn ich als weiße Deutsche mit einer oder einem Schwarzen irgendwas fange, reden die Leute immer mit mir über die andere Person: 'Komm sie denn Deutsch!' oder: 'Wo kommst sie denn her?' Es ist, als ob ich mit einem kleinen Kind unterwegs wäre.“

Die verschiedenen Stufen
rechtsextremen Verhaltens:

Wählen einer rechtsextremen Partei
Bei der Bundestagswahl 2017 haben 0,4 % der Wahlberechtigten eine rechtsextreme Partei gewählt. Das waren immerhin rund 150.000 Menschen. Stimmen, die den rechtsextremen Parteien durch die staatliche Parteienfinanzierung viel Geld bringen. Bei der baden-württembergischen Landtagswahl 2016 erhielt die NPD 23.609 Stimmen.

Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Organisation
Lediglich die Zahlen von Mitgliedern der Parteien sind zuverlässig zu ermitteln. Die Zahl der Rechtsextremisten in subkulturellen Gruppen wie z. B. Neonazis, Skinheads und Kameradschaften lassen sich meistens nur schätzen. Der Verfassungsschutz geht von rund 23.100 (Stand 2016) organisierten Rechtsextremisten in Deutschland aus.

Politische Aktivitäten im rechtsextremen Milieu
Im Jahr 2016 veranstalteten rechtsextreme Parteien und neonazistische Organisationen bundesweit insgesamt 466 Demonstrationen und 68 Konzerte. In Baden-Württemberg fanden davon 32 (2015: 17) rechtsextremistische Demonstrationen statt, bei denen die Teilnehmerzahl meistens im unteren zweistelligen Bereich war.

Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund

Jahr	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
registrierte Straftaten	1.422	1.509	1.408	1.509	1.408	1.509	1.408	1.509	1.408	1.509	2.241

Laut den Angaben des Landesamtes für Verfassungsschutz belief sich die Anzahl gewaltorientierter Rechtsextremisten 2016 in Baden-Württemberg auf ca. 790 (2015: ca. 810). Landesweit wurden 1.371 rechtsextremistisch motivierte Straftaten registriert (2015: 1.484). Deutlicher sank die darin enthaltene Zahl der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten (2016: 44; 2015: 71). Es ist davon auszugehen, dass es eine größere Anzahl nicht behördlich registrierter Straf- und Gewalttaten gibt, da nicht alle Fälle angezeigt werden.

Starke Zunahme rechter Gewalt
Seit 2015 verzeichnete der Verfassungsschutz einen starken Anstieg rechtsextremistischer Gewalt und ein Vordringen des Rechtsextremismus in die Mitte der Gesellschaft. Die hohe Zahl der Geflüchteten und Migranten in Deutschland wurde zum beherrschenden Thema des Rechtsextremismus. Damit einher ging eine verstärkte Agitation von Rechtsextremisten gegen Asylsuchende und deren Unterstützer sowie gegen die Asylpolitik der Bundesregierung. So zählte der Verfassungsschutz im Jahr 2016 607 (2015: 584) Straftaten gegen Asylbewerberunterkünfte darunter 352 Gewalttakte, wovon ein Drittel die Berufsberatung betrafen. Die Mehrheit der Täter_innen waren keine organisierten Rechtsextremisten, sondern vornehmlich auch Politiker, Journalisten, Journalistinnen und Mitarbeiter_innen von Flüchtlingsorganisationen.

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Fritz-Erler-Forum
Baden-Württemberg

Die Handlungen, die aus rechtsextremen Einstellungen folgen können, lassen sich nach ihrer Wirkung und Schwere von niedrig bis hoch abstufen.

Wählen einer rechtsextremen Partei als niedrige Stufe

Die Hemmschwelle, rechtsextrem zu wählen, ist niedrig, weil Wahlen geheim sind und niemand nachvollziehen kann, welche Partei man wählt. Offen rechtsextremistische Parteien ziehen (bisher) nur wenige Wähler_innen an. Es gibt jedoch eine Gruppe von Stammwähler_innen rechtsextremistischer Parteien. Bei einer niedrigen Wahlbeteiligung können Rechtsextremist_innen deshalb in Parlamente einziehen.

Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Organisation als mittlere Stufe

Eine höhere Hemmschwelle stellt eine Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Organisation, wie z.B. einer rechtsextremen Partei oder der dazugehörigen Jugendorganisation dar. Sie signalisiert eine dauerhafte, stabile Bindung und Zustimmung zu den in der Organisation vertretenen Positionen. Im Jahr 2016 hatten rechtsextreme Organisationen bundesweit ca. 23.100 Mitglieder. Seit einigen Jahren steigen die Mitgliederzahlen (2014: 21.000, 2015: 22.600). In Baden-Württemberg zählt der Verfassungsschutz 1700 Rechtsextremist_innen, was einen deutlichen Rückgang im Verlauf der Jahre bedeutet.

Politische Aktivitäten im rechtsextremen Milieu als hohe Stufe

Mit politischen Aktivitäten sind etwa Demonstrationen, die Organisation von Infoständen, das Betreiben einer Webseite, der Vorsitz eines Kreisverbandes, das Schreiben von Leserbriefen oder Ähnliches gemeint. Verlässliche Zahlen zu den politischen Aktivitäten im rechtsextremen Milieu existieren nur für einzelne Aktivitäten. So fanden im Jahr 2016 laut Verfassungsschutzbericht bundesweit 466 Kundgebungen statt, was einen Rückgang von 33%

im Vergleich zum Vorjahr bedeutet (2015: 690). Diese Entwicklung lässt sich in Zusammenhang mit der nachlassenden Zahl ankommender Asylbewerber setzen. Der Anstieg der Teilnehmer_innen an rechtsextremistischen Versammlungen mit einem starken Zulauf von Personen ohne unmittelbarem Bezug zur rechtsextremistischen Szene, lässt sich auf das Jahr 2015 datieren, in dem die Migrationsbewegung nach Deutschland einen Höhepunkt erreichte. Mit dem nachlassenden Druck aus dieser Entwicklung ging letztendlich auch eine Abnahme der Beteiligung an rechtsextremistischen Demonstrationen einher, was die gesunkene Anzahl solcher Aktivitäten im Jahr 2016 erklärt. Wer sich im rechtsextremen Milieu betätigt, überschreitet eine höhere Hemmschwelle, da man mit Gesicht und Namen zu diesen Aktivitäten stehen muss.

Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund als höchste Stufe

Zahlreiche rechtsextreme Aktivitäten überschreiten die Grenzen der Legalität. Im Jahr 2016 zählte das Bundesamt für Verfassungsschutz bundesweit 22.471 rechtsextrem motivierte Straftaten. Das bedeutet einen leichten Anstieg der Zahlen gegenüber 2015, als 21.933 Straftaten gezählt wurden. Der Großteil betraf Propagandadelikte (2016: 12.476; 2015: 12.154). Solche finden sich beispielsweise in Hakenkreuzschmierereien, Volksverhetzung oder Leugnung des Holocausts. Es zählten aber auch 1.600 Gewalttaten dazu (2015: 1.408). 44 wurden in Baden-Württemberg erfasst. Ein großes Augenmerk liegt dabei auf Straftaten in Zusammenhang mit Asylbewerberunterkünften, die sich im Jahr 2016 auf 907 beliefen. Darunter fanden sich 153 Gewalttaten, welche sich in erster Linie auf Brandstiftungsdelikte zurückführen lassen. Während des Jahres 2016 lässt sich aber auch hier laut Bundesverfassungsschutz ein rückläufiger Trend beobachten. Rechts-extreme Gewalttäter überwinden die größte Hemmschwelle, indem sie Menschen Schaden zufügen und ihre körperliche und seelische Unversehrtheit angreifen.

● Tipps zur Führung

Bei der Führung kann auf die verschiedenen Formen rechtsextremen Verhaltens eingegangen werden.

Mögliche Fragen an die Teilnehmer_innen:

- *Was sind möglicherweise die Motive, die von rechtsextremen Einstellungen zu rechtsextremem Verhalten führen? Warum scheuen sich Menschen davor, rechtsextreme Parteien zu wählen, wenn sie doch ihr Gedankengut teilen? Wie äußern sich rechtsextremistische Einstellungen im Vorfeld von Wahlen? Wie äußern sie sich in der Schule?*

Darüber hinaus sollte auch über die gestiegene Anzahl von Beteiligten an rechtsextremistischen Demonstrationen diskutiert werden, die keinen unmittelbaren Bezug zur rechtsextremistischen Szene haben. Diese Entwicklung kann als Zeichen des Vordringens des Rechtsextremismus in die Mitte der Gesellschaft betrachtet werden.

Mögliche Fragen an die Teilnehmer_innen:

- *Welche Gründe können für den Zulauf solcher Gruppen auf rechtsextremistischen Demonstrationen im Jahr 2015 verantwortlich gemacht werden? Welche Gegenstrategien können verfolgt werden? Hast du selbst eine solche Demonstration in deinem Heimatort beobachtet?*

bekannt. Rechtsextreme Konzerte fanden in einer Vielzahl in Baden-Württemberg statt. Nicht jedes Konzert wurde polizeilich bekannt. Rechtsextremistische Musikveranstaltungen werden meist konspirativ geplant und organisiert. Deshalb erhalten die Behörden, wenn überhaupt, nur kurzfristig Kenntnis über die Events. Hinzu kommt, dass Veranstaltungen auf Privatgelände sowie Versammlungen in geschlossenen Räumen nicht anzeigepflichtig sind.

Mit der Gaststätte Rössle in Rheinmünster-Söllingen (Raum Karlsruhe/Rastatt) verfügte die Szene jahrelang über eine feste Anlaufstelle, in der zahlreiche rechtsextreme Konzerte und Veranstaltungen stattfanden. Nachdem die Gaststätte für solche Veranstaltungen nicht mehr zur Verfügung steht, nahm die Anzahl der offiziell registrierten rechtsextremen Konzerte in Baden-Württemberg deutlich ab. Mittlerweile verlagern Rechtsextreme aus Baden-Württemberg die Veranstaltung von Konzerten auch ins Nachbarland Frankreich. Solche Konzerte fallen damit aus der Statistik raus. In Baden-Württemberg waren 2016 acht rechtsextremistische „Skinheadbands“ aktiv.

Die Kriminalität der rechten Szene in Baden-Württemberg befindet sich seit Jahren auf hohem Niveau. Die Anzahl an Gewaltdelikten sank nach einem Höhepunkt im Jahr 2015 (71 erfasste Fälle) auf 44 im Jahr 2016. Jedoch gibt es vermutlich eine hohe Dunkelziffer an Straftaten, die nicht zur Anzeige kamen oder die als solche nicht polizeilich registriert wurden.

Im Jahr 2016 wurden in Baden-Württemberg 79 Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte gezählt. Das Landesamt für Verfassungsschutz gibt an, dass 71 davon der politisch motivierten Kriminalität zuzuordnen seien. Bei den restlichen acht Straftaten sei die Motivation unklar geblieben.

790 Personen, der geschätzten 1700 Rechtsextremen in Baden-Württemberg gelten laut Angaben des Verfassungsschutzes als gewaltbereit bzw. gewaltorientiert. Das bedeutet: Die Zahl der registrierten Rechtsextremist_innen schrumpft zwar seit Jahren, gleichzeitig radikalisiert sich aber der harte Kern.

Durch eine im Vergleich hohe Anzahl an Demonstrationen lassen sich in Baden-Württemberg verschiedene „Hoch-

burgen“ erkennen, in denen sich freie Kameradschaften und Gruppen besonders stark organisiert haben. Exemplarisch zu nennen wären: Rems-Murr-Kreis, die Metropolregion Rhein-Neckar und die Stadt und der Landkreis Karlsruhe. In Weinheim, Rhein-Neckar-Kreis, fand seit 2013 jährlich der Bundesparteitag der rechtsextremistischen NPD statt, bis der Gemeinderat durch eine Satzungsänderung für die Nutzung der Stadthalle im Jahr 2016 eine erneute Zusammenkunft verhinderte. Trotz organisatorischer Schwäche der NPD in Baden-Württemberg scheint es somit zu gelingen, in einzelnen Schwerpunktregionen Aktivitäten bundespolitischer Bedeutung zu entfalten. Das gilt auch für Aufmärsche: Die meisten rechtsextremen Demonstrationen wurden vom sehr aktiven NPD-Kreisverband Rhein-Neckar angemeldet und durchgeführt. Das Landesamt für Verfassungsschutz zählt für das Jahr 2016 in Baden-Württemberg 32 eindeutig rechtsextremistische Aufmärsche. Nicht eingerechnet sind Kundgebungen von regionalen Ablegern der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida), die zum Beispiel in Villingen-Schwenningen, vor allem aber – und zum Teil im Wochenrhythmus – in Karlsruhe stattfanden. An den Kundgebungen waren Vertreter_innen rechtsextremer Parteien beteiligt. Der Verfassungsschutz vermochte eine rechtsextreme Steuerung dieser Kundgebungen nicht zu erkennen und sah keine ausreichenden Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen. Aus diesem Grund war Pegida im Jahr 2015 kein Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes. Ähnliches gilt für die verschiedenen „Nein zum Heim“-Aktivitäten, in denen sich „besorgte“ Bürger_innen zusammenfanden, um gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in ihrer Kommune zu protestieren. An diesen Protesten waren ebenfalls Rechtsextreme beteiligt.

Auf der Tafel sind zudem Todesopfer rechtsextremer Gewalt in Baden-Württemberg verzeichnet. Diese Problematik wird jedoch auf der nachfolgenden Tafel 7 „Todesopfer rechter Gewalt seit 1990“ noch vertieft und kann überleitend erwähnt werden.

● Tipps zur Führung

Zur Veranschaulichung der hier dargestellten Problematik können die Teilnehmer_innen zur Reflexion persönlicher Erlebnisse angeregt werden.

Mögliche Fragen an die Teilnehmer_innen:

- *Seid ihr selbst schon einmal in Kontakt mit der rechten Szene gekommen? Könnt ihr in eurer Umgebung rechte Aktivitäten beobachten? Wurden Gegenmaßnahmen ergriffen? Sind beispielsweise in eurem Ort Initiativen oder Bündnisse gegen rechts aktiv?*

Darüber hinaus könnte auch über die genannte Dunkelziffer diskutiert werden, um die Tragweite unentdeckter rechtsextremer Aktivitäten zu verdeutlichen. Hier können die konspirative Organisation von Konzerten, die Behauptung, es sei eine private Feier oder die Angst davor, rechtsextreme Vorfälle anzuzeigen, besprochen werden.

Mögliche Fragen an die Teilnehmer_innen:

- *Warum wird nur die Spitze des Eisbergs rechter Aktivitäten bekannt?*

Es kann auch darüber diskutiert werden, ob es richtig ist, dass bestimmte Gruppierungen und Initiativen („Pegida“/ „Nein zum Heim“) nicht auf der Tafel verzeichnet sind. In diesem Zusammenhang ließe sich auch das Thema flüchtlingsfeindlicher Organisationen beleuchten.

Mögliche Fragen an die Teilnehmer_innen:

- *Welche Rolle spielen flüchtlingsfeindliche Organisationen eurer Meinung nach für das friedliche Zusammenleben in der Gesellschaft? Tragen solche Organisationen zu einem „Rechtsruck“ in der Gesellschaft bei?*

Um das Thema zu vertiefen und regionalen bzw. persönlichen Bezug herzustellen, ließe sich die Idee anregen, eine Arbeitsgruppe zur Recherche rechter Aktivitäten in der Region zu initiieren und auf dieser Grundlage eine Ausstellungstafel mit Lokalbezug zu erstellen.

Tafel 7: Todesopfer rechter Gewalt seit 1990

Mit Bekanntwerden der Mordserie an neun Migranten und einer Polizistin, die dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) zugeschrieben wird, geriet die mörderische Dimension des Rechtsextremismus zurück ins öffentliche Bewusstsein. Doch die mutmaßlichen Taten des „NSU“ sind nur die Spitze des Eisbergs. Seit der Wiedervereinigung Deutschlands 1990 sind nach Recherchen der Redaktion von Mut gegen rechte Gewalt (Stern) und dem Opferfonds CURA der Amadeu Antonio Stiftung 192 Menschen – plus 12 weitere Verdachtsfälle - (Stand: Juni 2017) durch rechte Gewalt zu Tode gekommen. Die Behörden verzeichnen offiziell jedoch nur 75 solcher Fälle. Wie viele Menschen in Folge rechter Gewalttaten seit 1990 tatsächlich zu Tode gekommen sind, ist also unklar. Wahrscheinlich ist aber, dass die Dunkelziffer weit höher liegt als selbst die genannten inoffiziellen Zahlen angeben.

Hintergrundinformationen

Die Rechtsterroristen Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe sind nach bisherigem Wissensstand für neun Morde an griechisch- und türkischstämmigen Migranten, für den Mord an der Polizistin Kiesewetter in Heilbronn, zwei Sprengstoffanschläge in Köln mit zahlreichen Verletzten und für 15 Raubüberfälle verantwortlich. Eine Erklärung dafür, dass die so genannte „Zwickauer Terrorzelle“ elf Jahre lang unentdeckt blieb, sind das Versagen des Verfassungsschutzes, Versäumnisse von Polizeibehörden und auch Äußerungen führender Politiker_innen, die einen rechtsextremen Hintergrund der Taten oft kategorisch ausschlossen. Ermittler_innen konzentrierten sich darauf, die Täter_innen jeweils im „kriminellen Milieu“ und dem Umfeld der Opfer zu suchen. Es wurden also meist Migrant_innen der Morde verdächtigt. Hinterbliebene wurden oft über Jahre durch die Polizei verhört und der Morde an ihren eigenen Ehemännern oder Vätern bezichtigt. Zwei Untersuchungsausschüsse im Bundestag sowie Untersuchungsausschüsse in bisher sieben Landesparlamenten arbeiteten die Versäumnisse der Ermittler detailliert auf und sind teilweise noch immer damit beschäftigt. Der erste Bundestagsuntersuchungsausschuss stellte in seinem Abschlussbericht „schwere behördliche Versäumnisse und Fehler sowie Organisationsmängel bis hin zum Organisationsversagen bei Behörden von Bund und Län-

Todesopfer rechter Gewalt seit 1990

192 Menschen starben seit 1990 durch rechte Gewalt - viel mehr als bislang offiziell bekannt. Diese Menschen wurden erschlagen, erstickt oder erschossen. Sie sind Opfer rechter Gewalt und zeigen, welches Ausmaß Fremdenfeindlichkeit und Menschenhass annehmen.

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Fritz-Erler-Forum
Baden-Württemberg

7

dem“ fest. Er sprach auch Empfehlungen für künftige Ermittlungen aus. So solle die Polizei bei Gewalttaten an Migrant_innen eine rassistische Motivation künftig routinemäßig in Erwägung ziehen und in diese Richtung ermitteln.

Auch für eines der seit 1990 insgesamt neun Mordopfer rechtsextremer Gewalt in Baden-Württemberg wird dem „NSU“ die Verantwortung zugeschrieben. Die aus Thüringen stammende und in Böblingen stationierte Bereitschaftspolizistin Michèle Kiesewetter wurde am 25. April 2007 in Heilbronn erschossen. Sie wurde 22 Jahre alt. Ihr Kollege Martin A., der gemeinsam mit ihr im Einsatz war, wurde lebensgefährlich verletzt. Die Bundesanwaltschaft vermutet, dass beide Polizisten Zufallsopfer waren, die den vom „NSU“ verhassten Staat repräsentierten. Am 5.11.2014 setzte der Landtag von Baden-Württemberg den ersten Untersuchungsausschuss „Die Aufarbeitung der Kontakte und Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in Baden-Württemberg und die Umstände der Ermordung der Polizeibeamtin M.K.“ ein. Der rund 1000 Seiten umfassende Abschlussbericht, der im Januar 2016 vorgelegt wurde, bestätigt die Vermutung der zufälligen Auswahl der Opfer.

Zu den offiziell von der Bundesregierung anerkannten Mordopfern rechtsextremer Gewalt in Baden-Württemberg gehören neben Michèle Kiesewetter auch Agostinho Comboio und Sadri Berisha. In der Nacht zum 16. Juni 1991 wurde der Angolaner Agostinho Comboio (34) vor einer Kneipe in Friedrichshafen von einem Nazi-Skinhead aus Ravensburg erst verprügelt und dann erstochen. Am 8. Juli 1992 wurde der Kosovo-Albaner Sadri Berisha (56) in Ostfildern-Kemnat bei Esslingen von einer Clique junger Männer mit einem Baseballschläger erschlagen. Sein Kollege überlebte schwer verletzt.

Beide Taten reihen sich in eine Reihe rechtsextremer Morde zu Beginn der 1990er-Jahre ein. Alleine für die Jahre 1990-1993 zählt die Statistik 51 der insgesamt 184 Mordopfer. Neonazis griffen damals fast wöchentlich Unterkünfte von Flüchtlingen und Migrant_innen mit Brandsätzen an. Symbolisch für diese pogromartigen Anschläge stehen die Städtenamen Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda, Mölln – und auch Solingen.

In Rostock-Lichtenhagen belagerten Neonazis und Anwohner im August 1992 tagelang die zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber und ein Wohnheim für ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter im sogenannten „Sonnenblumenhaus“, warfen Steine und Brandsätze auf die Unterkunft und versuchten, sie zu stürmen. Die vor den Gebäuden versammelten Anwohner_innen skandierten ebenfalls ausländerfeindliche Parolen. Die Ausschreitungen dauerten vier Tage an. Die Polizei wurde erst am vierten Tag Herr der Lage, als sich die Bewohner des Wohnheims bereits auf das Dach des Gebäudes geflüchtet hatten und dort festsäßen.

Dass rechtsextreme Gewalt nicht nur in den 1990er-Jahren Todesopfer gefordert hat, sondern solche Taten auch in der Gegenwart an Relevanz besitzen, zeigen Fälle wie der Amoklauf in München am 22. Juli 2016. Der 18-jährige Schüler David S. tötete am und im Olympia-Einkaufszentrum im Stadtbezirk Moosach neun Menschen und verletzte fünf weitere durch Schüsse. Nachdem die Polizei ihn gestellt hatte, erschoss er sich schließlich selbst. Obwohl die Ermittlungsbehörden in ihrem Abschlussbericht davon ausgingen, dass die Tat nicht als politisch motiviert einzuschätzen ist, ordneten drei voneinander unabhängige Gutachten, die im Oktober 2017 veröffentlicht wurden, den Amoklauf als politisch motivierte rechte Tat ein.

Dieser Zusammenhang verweist auf die Problematik, dass in offiziellen Statistiken des Innenministeriums nur solche Taten Eingang finden, bei denen eine politische Tatmotivation zu erkennen ist. In der Praxis stößt dieses Verfahren an seine Grenzen: Ermitteln Polizei und Staatsanwaltschaft nicht oder nicht ausreichend zur politischen Motivation der Täter und wird vor Gericht nicht explizit auch über die Mordmotive gesprochen, führt dies leicht dazu, dass nicht alle Morde, die rechtsextrem motiviert sind, in der offiziellen Zählung berücksichtigt werden. Die tatsächliche Opferzahl könnte also noch höher als bei 192 Toten liegen. Die Aufdeckung der Mordserie des „NSU“ hat zu einer Neubewertung extrem rechter Gewalt geführt. Aufgrund dieses öffentlichen Drucks entschied sich das Bundeskriminalamt zusammen mit allen 16 Landeskriminalämtern, mehr als 3.300 unaufgeklärte versuchte und vollendete Tötungsdelikte zwischen 1990 und 2011 noch einmal auf ein mögliches rechtsextremes Tatmotiv zu prüfen. Schließ-

lich wurden bei 745 Tötungsdelikten und -versuchen (mit insgesamt 849 Opfern) Anhaltspunkte für ein rechtes Tatmotiv gefunden.

● Tipps zur Führung

Wenn ihr genug Zeit zur Vorbereitung habt, bietet es sich bei dieser Tafel an, einen der genannten Fälle rechter Gewalt mit Todesfolge auszuwählen und hierzu genauer zu recherchieren. So könnt ihr den Besucher_innen das individuelle Schicksal des Opfers in Erinnerung rufen. Auf jeden Fall solltet ihr auf den NSU und rassistische Morde, die in eurer Region passiert sind, eingehen. Zum Abschluss dieser Tafel kann auf Gegenstrategien verwiesen werden. Dabei lässt sich beispielsweise diskutieren, wie man sich einer Stimmungsmache gegen Migrant_innen entgegenstellen, wie man Flüchtlinge im Alltag unterstützen, wie man durch Leserbriefe Position gegen Rassismus beziehen und wie man Aktionen für ein multikulturelles Miteinander durchführen kann.

Mögliche Fragen an die Teilnehmer_innen:

- *Wie kann man an die Todesopfer rechtsextremer Gewalt erinnern? Was können wir tun, um rassistische Morde wie beispielsweise zu Beginn der 1990er-Jahre zu verhindern?*

Rechtsextreme Morde sind bekanntlich nur die Spitze vom Eisberg und die höchste Eskalationsstufe der alltäglichen rechten Gewalt. Jeder Tote auf der langen Liste der Opfer dient dem politischen Ziel der Rechtsextremen: der Einschüchterung von Menschen, die nicht in ihr „völkisches Weltbild“ passen.

Mögliche Fragen an die Teilnehmer_innen:

- *Habt ihr selbst schon Erfahrungen mit rechter oder rassistischer Gewalt in eurem persönlichen Umfeld oder am eigenen Leib gemacht?*

Weiterführende Informationen: Todesopfer rechter Gewalt in Baden-Württemberg

Informationen über die Todesopfer rechter Gewalt bietet die Website <http://unvergessen.blogspot.de/>. Sie klärt speziell über Opfer rechter Gewalt in Baden-Württemberg auf, erinnert an die Opfer und Tatumstände.

Das Portal „Mut gegen rechte Gewalt“ verzeichnet auf der Website www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/chronik-der-gewalt/todesopfer-rechtsextremer-und-rassistischer-gewalt-seit-1990 folgende Opfer rechtsextremer Gewalt (Die Zahlen vor den Namen beziehen sich auf die gesamte Liste der Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland):

10. Agostinho Comboio, 34 Jahre (staatlich anerkannt)

Am 15. Juni 1991 wurde Agostinho Comboio in Friedrichshafen (Baden-Württemberg) von einem Rechtsextremen verprügelt und erstochen.

26. Sadri Berisha, 56 Jahre (staatlich anerkannt)

Am 8. Juli 1992 wurde der Kosovo-Albaner von sieben Skinheads, die „Polacken klatschen“ wollten, bei einem Angriff auf seine Unterkunft in Ostfildern-Kemnat (Baden-Württemberg) mit einem Baseballschläger erschlagen.

149. Aleksander Schleicher, 17 Jahre; 150. Waldemar Ickert, 16 Jahre; 152. Viktor Filimonov, 15 Jahre

In der Nacht zum 20. Dezember 2003 wurden die Ausiedler in Heidenheim (Baden-Württemberg) von einem 17-jährigen, der Skinheadszenen zuzurechnendem Jugendlichen erstochen. Der Täter wollte in eine Diskothek, hatte dort jedoch wegen einer vorherigen Prügelei bereits Hausverbot. Vor dem Lokal kam es zu einer Auseinandersetzung mit den Opfern, in deren Verlauf die drei Jugendlichen tödlich verletzt wurden.

162. Tim Maier, 20 Jahre

Er wurde am 26. November 2005 in Bad Buchau (Baden-Württemberg) Opfer eines Neonazis. Der Täter, ein ehemaliges NPD-Mitglied, stach mit einem Messer während eines Handgemenges auf sein 20-jähriges Opfer ein, nachdem er zuvor mit einem weiteren Neonazi sein Opfer und seine Begleiter rassistisch beschimpft hatte. In der Wohnung des 24-jährigen Täters fand die Polizei neben einer Pistole Hakenkreuzfahnen und Landser-Hefte.

167. Michèle Kiesewetter, 22 Jahre (staatlich anerkannt)

Am 25. April 2007 wurde die Polizistin Michèle Kiesewetter in Heilbronn (Baden-Württemberg) von der terroristischen Neonazivereinigung „Nationalsozialistischer Untergrund“ mit einem Kopfschuss in ihrem Streifenwagen ermordet. Ihr zwei Jahre älterer Kollege wurde ebenfalls schwer verletzt. Die Täter, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt, wurden erst im November 2011 ermittelt, als man die beiden in einem ausgebrannten Wohnmobil mit der Tatwaffe fand. Die Selbstenttarnung der Zwickauer Terrorzelle und ihre Mordserie an Michèle Kiesewetter und neun Kleinunternehmern mit Migrationshintergrund offenbarte das jahrelange Versagen der Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden. Jahrelang wurde eine rechtsextreme Motivation verleugnet, die Morde wurden als „Döner-Morde“ verunglimpft. Beate Zschäpe, das dritte Mitglied des NSU, schweigt bis heute zu den Taten.

Tafel 8: Rechtsextreme Parteien

Auf dieser Ausstellungstafel werden die rechtsextremen Parteien als Akteure der rechtsextremen Szene vorgestellt. Der Fokus dieser Tafel liegt auf der Vier-Säulen-Strategie der NPD, mit der diese versucht, an Einfluss zu gewinnen.

Hintergrundinformationen

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ist die älteste der derzeit aktiven rechtsextremen Parteien – und die wohl bekannteste. Sie wurde 1964 gegründet und ist heute die mitgliederstärkste und aktivste rechtsextreme Partei. In den ersten Jahren ihres Bestehens gelang ihr der Einzug in sieben Landtage. Danach war es lange Zeit ruhig. Erst als 1996 der damalige Bundesvorsitzende Udo Voigt die Parteiführung übernahm, gewann die Partei wieder an Einfluss. In Baden-Württemberg ist die Partei verglichen mit anderen Bundesländern eher schwach aufgestellt. Im Jahr 2016 verfügte sie über 390 Mitglieder. Wesentliche Aktivitäten entfaltet lediglich der NDP-Kreisverband Rhein-Neckar. Ihm gelang es, den Bundesparteitag der NPD in den Jahren 2013 bis 2015 nach Weinheim zu holen.

Seit ihrer Gründung wurden zwei Anträge beim Bundesverfassungsgericht gestellt, die Verfassungsmäßigkeit der Partei zu überprüfen und die NPD wenn nötig zu verbieten. Erst 2017 lehnte das Bundesverfassungsgericht den zweiten Verbotsantrag gegen die NPD ab. Das Gericht kam zu dem Schluss, dass die NPD zwar als verfassungsfeindlich zu beurteilen ist, angesichts ihrer politischen Bedeutungslage aber kein Verbot zu rechtfertigen ist.

Der zeitweise Aufschwung der NPD ist auch mit der von ihr seit 1998 verfolgten und später ausgebauten Vier-Säulen-Strategie verbunden:

1. „Kampf um die Straße“

Die NPD betreibt seit Jahren eine intensive Demonstrationpolitik. Folgerichtig gehört der „Kampf um die Straße“ zu den Grundsäulen der Politik der NPD. Die Partei versucht damit, in der Öffentlichkeit präsent zu sein und möglichst breitenwirksam politische Propaganda zu be-

Rechtsextreme Parteien

Rechtsextreme nutzen verschiedene Möglichkeiten, sich zu organisieren und Netzwerke zu knüpfen. Von Formen der losen Verbindungen, wie dem Treffen bei Konzerten, erstreckt sich der Organisationsgrad über Kameradschaften und Jugendorganisationen bis hin zu den Parteien und Wählerinitiativen.



treiben. In den letzten Jahren demonstrierten Anhänger_innen der NPD schwerpunktmäßig gegen Flüchtlinge und Migration, gegen Jüdinnen und den Staat Israel, zu „weicheren“, sozialen Themen (z.B. gegen Hartz IV, gegen Kinderarmut, gegen sexuellen Missbrauch, gegen Tierversuche), mit Bezug zum Nationalsozialismus (gegen die alliierte Befreiung, allem voran gegen die USA, Großbritannien) sowie gegen Verbote neonazistischer Kameradschaften. Gerade bei dieser Strategie arbeitet die NPD eng mit den Kameradschaften zusammen. Der Terminus „Kampf um die Straße“ ist ein Direktimport aus dem Vokabular der NSDAP und steht für den Terror, den die SA in der Weimarer Republik verbreitete. Insofern kann der „Kampf um die Straße“ als Zustimmung zu Straßengewalt gedeutet werden. Der „Kampf um die Straße“ hat eine zweite Komponente, denn er dient auch dem Zusammenhalt nach innen. So können vor allem junge, aktionsorientierte Rechte durch das aufwühlende, Identität stiftende Erlebnis eines rechten Aufmarsches näher an die Partei gebunden werden.

2. „Kampf um die Köpfe“

Mit der Strategie „Kampf um die Köpfe“ beabsichtigt die NPD, sich in die politische Diskussion einzumischen, um im Sinne ihrer ideologischen Orientierung Einfluss auf die politische Meinungsbildung zu gewinnen und die Deutungshoheit über Themen zu erringen. Zu diesem Zweck nahm 2006 in Dresden das „Bildungswerk für Heimat und nationale Identität e.V.“ seine Arbeit auf. Es sollte schwerpunktmäßig der Intellektualisierung und Professionalisierung der NPD dienen. Die Bilanz ist allerdings bescheiden. Auch die Idee, ein „Nationales Bildungszentrum“ aufzubauen, wurde bisher nicht in die Praxis umgesetzt. Zu einem wichtigen Standbein der internen Parteibildungsarbeit gehört die „Kommunalpolitische Vereinigung“ (KPV) der NPD, die versucht, Mandatsträger_innen Basiswissen für die Parlamentsarbeit zu vermitteln. Seit 2015 sind jedoch weder Aktivitäten des Bildungswerks noch Aktualisierungen der Homepage der KPV zu verzeichnen.

Nicht zuletzt konzentriert die Partei ihren „Kampf um die Köpfe“ auf die Zielgruppe der Jugendlichen. Ihre Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) gibt

Schulungsmaterial heraus und verteilte die so genannten Schulhof-CDs mit Rechtsrock in hohen Auflagen. Erste Erfolge motivierten die Partei zu der von ihr so bezeichneten „Wortergreifungsstrategie“, die Bestandteil des „Kampfes um die Köpfe“ ist. Die Strategie besteht darin, politische Veranstaltungen des demokratischen „Gegners“ zu besuchen und sich dort massiv in die Diskussion einzumischen.

3. „Kampf um die Parlamente“

Der Popularitätsschub durch das gescheiterte Verbotverfahren kam der NPD bei ihrem „Kampf um die Parlamente“ zugute. Dabei geht es ihr darum, möglichst viele Wählerstimmen zu gewinnen, um die 5-Prozent-Hürde zu überspringen und ins Parlament einzuziehen sowie Ansprüche auf staatliche Zuschüsse zu erwerben. Sie präsentiert sich in den Wahlkämpfen vor allem als wählbare Protestpartei und mäßigt ihr Auftreten. Unter Parlamentsarbeit versteht die NPD vor allem, Landtagsdebatten als Forum für gezielte menschenverachtende Tabubrüche und die Infrastruktur des Landtags zur Parteiarbeit zu nutzen.

4. „Kampf um den organisierten Willen“

Seit Herbst 2004 hat die NPD ihre Strategie um eine vierte Säule erweitert: „Den Kampf um den organisierten Willen.“ Darunter versteht sie Absprachen und Kooperationen mit anderen rechtsextremen Organisationen in einer Art „Volksfront von rechts“. Der wichtigste Punkt betraf Wahlabsprachen mit der Deutschen Volksunion (DVU), einer anderen rechtsextremen Partei. Die beiden Parteien sollten nicht gleichzeitig bei Wahlen antreten, sondern sich gegenseitig unterstützen. Inzwischen ist die DVU mit der NPD fusioniert.

Die „Volksfront von rechts“ umfasst heute nur noch die Zusammenarbeit der NPD mit den neonazistischen „Freien Kameradschaften“. Kameradschaften sind Gruppen von Neonazis, die sich ähnlich wie Cliques oder Freundeskreise treffen und – das macht sie besonders – politische Aktivitäten durchführen. Die NPD setzt insbesondere in Wahlkampfzeiten auf diese Kameradschaften und versucht sie aktiv in den Wahlkampf einzubinden. Kameradschafts-

mitglieder organisieren zum Beispiel Demonstrationen, sichern Informationsstände der NPD ab, hängen Plakate auf oder verteilen Parteiwerbung.

Bürgerbewegung pro Deutschland

Anders als beispielweise in NRW, wo die Bürgerbewegung pro NRW Erfolge feiert, ist die Pro-Partei in Baden-Württemberg von verschwindend geringer Bedeutung. Allerdings ist Alfred Dagenbach, der ehemalige stellvertretende Vorsitzende der Ende 2017 aufgelösten Partei Pro Deutschland, ein ehemaliger REPulikaner (REP) und Landtagsabgeordneter, in Heilbronn beheimatet und sitzt dort im Stadtrat. Die Pro-Partei tritt nach außen bürgerlich und gemäßigt auf und distanziert sich stets wortreich von Extremismus und Neonazis. Bekannt ist die Partei vor allem als Anti-Islam-Initiative. Dies äußert sich kommunalpolitisch in Kampagnen gegen den Bau von Moscheen. Damit fordert sie faktisch, die Religionsfreiheit für Muslim_innen zu beschneiden. Die Partei schürt Ressentiments, indem sie Islam mit Islamismus gleichsetzt und Migrant_innen pauschal als Bedrohung oder Last ansieht. Zum Beispiel beim Thema Bildung: Die Pro-Partei fordert in ihrem Programm „Ausbildung statt Zuwanderung“ und legt somit nahe: Gute und ausreichend Ausbildungsplätze könne es nur geben, wenn es in Deutschland keine Zuwanderung gebe. Dass der Wirtschaft tatsächlich zahlreiche Auszubildende fehlen, verschweigt sie. Denn es geht der Partei darum, Zugewanderte als Sündenböcke für soziale Probleme, wie hier etwa im Schul- und Ausbildungssystem, abzustempeln.

Folgerichtig lehnt die Pro-Partei auch Zuwanderung ab. Auf Plakaten spricht die Partei von „Asylmissbrauch“ und einer „Asylantenflut“, die gestoppt werden müsse. So wird Stimmung gegen Menschen gemacht, die wegen Krieg, Verfolgung, Hunger, Armut oder anderen Notlagen ihre Heimatländer verlassen haben.

Die Rechte

Die 2012 gegründete Partei „Die Rechte“ gilt als Auffangbecken verbotener neonazistischer Kameradschaften. Den Vorsitz übernahm seit der Gründung der bundesweit bekannte Neonazi Christian Worch, der sein Amt 2017 an Christoph Drewer abgab. Einen organisatorischen Schwerpunkt hat die Partei in NRW. Regionale Ableger wurden ab 2013 in Baden-Württemberg gegründet. Der Verfassungsschutz Baden-Württemberg sieht in der Partei eine „Regionalpartei“, deren Aktionsradius sich auf Karlsruhe, Pforzheim und den Enzkreis beschränkt. Dennoch kann „Die Rechte“ in den letzten Jahren einen Zuwachs an Mitgliedern verzeichnen und verfügt 2016 in Baden-Württemberg über 110 Mitglieder (2015: 80), die sich vorwiegend und im harten Kern aus ehemaligen Mitgliedern der Karlsruher und Rastatter Kameradschaft zusammensetzen dürften. Der erste Parteivorsitzende von „Die Rechte“ in Baden-Württemberg war ein Neonazi aus Göppingen, der gleichzeitig Mitglied der mittlerweile verbotenen Kameradschaft „Autonome Nationalisten Göppingen“ war.

Die Rechte tritt radikal in Wort und Tat auf und macht aus ihrer am Nationalsozialismus orientierten Politik keinen Hehl. Im Dortmunder Stadtrat stellte ein Mitglied der Partei etwa den Antrag, die Verteilung der Jüd_innen nach Stadtbezirken zu erfahren. Und schon am Abend der Stadtratswahl im Mai 2014 versuchten Mitglieder und Anhänger der Partei, die offizielle Wahlparty im Rathaus unter Einsatz von Flaschen und Reizgas zu stürmen.

Nach außen gibt sich die Partei oft als Kämpferin für Meinungsfreiheit aus. Auf einem Plakat forderte sie etwa, die verurteilten Neonazis Horst Mahler und Axel Möller freizulassen. Mahler wurde wegen der mehrfachen Leugnung des Holocausts und Volksverhetzung zu einer Haftstrafe, Möller wegen Volksverhetzung, dem Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Straftaten und wegen Aufrufens zu Straftaten verurteilt.

Der III. Weg

Der „Dritte Weg“ ist eine rechtsextreme Kleinstpartei, die vom ehemaligen NPD-Funktionär Klaus Armstroff in September 2013 in Heidelberg gegründet wurde. Trotz der Gründung in Baden-Württemberg gehört das „Ländle“ nicht zu den organisatorischen Schwerpunkten der Partei. 2016 soll „Der III. Weg“ lediglich über 30 Parteimitglieder in Baden-Württemberg verfügen. Trotz dieser geringen Zahl, kann auch diese rechtsextremistische Partei einen Zuwachs verzeichnen (2014: 10 Mitglieder in Baden-Württemberg). Hochburgen der Partei liegen in Bayern. Viele Angehörige der Partei gehörten vorher dem 2014 verbotenen Neonazi-Netzwerk „Freies Netz Süd“ an. Das „10-Punkte-Programm“ der Partei (in Anlehnung an das 25-Punkte-Programm der NSDAP) beinhaltet Ziele, wie die „Schaffung eines Deutschen Sozialismus“ oder die „Wiederherstellung Gesamtdeutschlands in seinen völkerrechtlichen Grenzen“.

● Tipps zur Führung

Abhängig davon, welche der Parteien in eurer eigenen Stadt oder Region am aktivsten ist, könnt ihr den Schwerpunkt hier entweder auf die NPD, die Pro-Bewegung, Die Rechte oder den „III. Weg“ legen. Auf jeden Fall solltet ihr auch kurz die 4-Säulen-Strategie der NPD vorstellen.

Mögliche Fragen an die Teilnehmer_innen:

- *Welche Strategie haltet ihr für besonders gefährlich? Findet „Der Kampf um die Köpfe“ auch an Schulen statt? Gibt es beispielsweise rechte Schüler_innen, die versuchen, Klassenkamerade_innen zu beeinflussen und ihre Meinung zu verbreiten?*

Darüber hinaus kann auch über den Willen zur Organisation rechtsextremer Gruppierungen in Parteien gesprochen werden. Ziele, welche auf diese Weise verfolgt werden, wären beispielsweise die Verbreitung des rechtsextremen Gedankengutes in der Gesellschaft, um dort an Einfluss zu gewinnen oder das Er-

reichen staatlicher Gelder zur Finanzierung der Partei: Parteien erhalten Wahlkampfkostenerstattung, wenn sie bei einer Bundestagswahl 0,5%, bei Landtagswahlen 1% der abgegebenen gültigen Stimmen erreichen.

Mögliche Fragen an die Teilnehmer_innen:

- *Warum gründen Rechtsextremist_innen überhaupt Parteien und wollen in Parlamente einziehen, obwohl sie das demokratische System abschaffen wollen?*

Schließlich lohnt es sich in diesem Kontext über Parteiverbote zu sprechen, die gegen die NPD angestrengt wurden.

Mögliche Fragen an die Teilnehmer_innen:

- *Wie bewertet ihr die Entscheidung, die NPD nicht zu verbieten? Welche Vor- und Nachteile seht ihr im Verbot einer Partei? Welche Parteien wurden in Deutschland verboten?*

Tafel 9: Rechtspopulismus

Rechtspopulismus ist ein Begriff, der gerade in den letzten Jahren mehr und mehr an Bedeutung gewonnen hat. Was er aber genau bedeutet und warum Rechtspopulismus nicht mit Rechtsextremismus gleichgesetzt werden kann, obwohl die Grenzen oft verschwimmen, bleibt meist ungeklärt. Die Ausstellungstafel geht daher auf Kennzeichen des Populismus ein und greift aktuelle Beispiele aus Deutschland auf.

Hintergrundinformationen

Der Begriff Populismus wird aus dem lateinischen Wort „populus“ abgeleitet, was so viel bedeutet wie „Volk“ oder „Nation“. Aus diesem Zusammenhang erklärt sich auch der zentrale Bezugspunkt, den Rechtspopulist_innen ihrer Agitation – zumindest vordergründig – zu Grunde legen: Die Idee, das Volk habe seine Macht als Souverän an die herrschende Politikerklasse verloren, welche nur eigene und keine gesellschaftlich relevanten Ziele verfolgt, bestimmt Rhetorik und Handeln populistischer Akteure.

Der Rechtspopulismus verbindet diese Einstellung mit Positionen der politischen Rechten, gleichzeitig aber auch mit einem Bekenntnis zur Demokratie. Dabei kennzeichnen verschiedene Eigenschaften die Ziele und Strategien dieser Gruppen, welche als Wesensmerkmale rechtspopulistischer Parteien begriffen werden können.

Anti-Establishment: „Wir hier unten“ gegen „Die da oben“

Das Volk wird von rechtspopulistischen Parteien als homogene Einheit begriffen, dem Tugenden wie Ehrlichkeit und ein „gesunder Menschenverstand“ zugeschrieben werden. Die politische Klasse hingegen wird dem gegenüber als durchweg korrupt, volksfern und egoistisch gesehen und dem Volk als Feindbild gegenübergestellt. Die Rechtspopulist_innen propagieren den Anspruch, alleine sie würden die Sorgen und Nöte des „einfachen Volkes“ verstehen und verfolgen. So konstruiert der Rechtspopulismus eine Konfliktlinie zwischen „Wir hier unten“ – also dem Volk – und „Denen da oben“ – der politischen Klasse. Die Forderung nach einem stärkeren Einfluss direktde-

Rechtspopulismus

Der Begriff Populismus kommt vom lateinischen Wort „populus“ (Volk, Nation). Populisten geben einfache Antworten auf schwierige Fragen. Sie reden „dem Volk nach dem Munde“. Ihre Programmatik ist dabei häufig eher diffus.

Populisten von Rechts sind keine Neonazi. Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus sind also nicht gleichzusetzen, aber die Grenzen sind fließend. Rechtspopulisten bewegen sich bewusst in dieser Grauzone.

„Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.“
Zustimmung in der Bevölkerung: 25%*

Rechtspopulisten behaupten sogar, dass sie die eigentlichen Demokraten seien, weil allein sie sich um die Sorgen und Nöte der Menschen kümmern würden. Andere Parteien würden nur „alles zerreden“.
Sie spielen das „einfache Volk“ gegen „die da oben“ aus. Und sie grenzen sich gegen alles ab, was als „fremd“ gilt: Wir gegen „die anderen“.

In dem Ruf „Wir sind das Volk“ auf „Pegida“-Kundgebungen steckt unterschwellig: Nur wir sind es, die anderen nicht.

Rechtspopulisten schüren Sorgen und Ängste der Menschen und versuchen, diese für ihre Zwecke zu nutzen, indem sie den angeblichen „Volkswillen“ gegen demokratische Entscheidungsprozesse ausbeuteln.

„Die Wut der Bürger auf die Zuwanderung ist absolut verständlich.“
Zustimmung in der Bevölkerung: 25%*

Rechtspopulisten stellen sich selber gerne als Opfer der „Aggression“ und sogenannten „political correctness“ dar. Sie behaupten, es gebe „Tabus“ und „Diskriminierungen“, die gebrochen werden müssten.

Rechtspopulisten gibt es fast überall in Europa. In einigen Ländern sind rechtspopulistische Parteien an der Regierung beteiligt, manchmal (wie in Ungarn oder Polen) regieren sie sogar mit absoluter Mehrheit. Die Folgen sind eine Ausweitung von Pluralismus, Gewaltenteilung und Medienfreiheit.

Häufig zeigt sich Rechtspopulismus auch als Protestbewegung, wie zum Beispiel in Form der fremdenfeindlichen „Pegida“-Bewegung („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) oder im Netz, zum Beispiel in Form des islamfeindlichen Blogs „Politically incorrect“.

Rechtspopulisten arbeiten häufig mit Verschwörungstheorien. Sie behaupten, die Menschen würden gezielt belogen („Lügenpresse“). Die Schuld an Problemen wird einzelnen Gruppen gegeben, die zu „Sündenböckern“ gemacht werden. Rechtspopulisten schüren Vorurteile und Feindschaft, von denen sie glauben, dass sie von vielen Menschen geteilt werden. So werden bestimmte Gruppen abgewertet („Die Muslimen“, „die Asylanten“) und auf diese Weise Rassismus geschürt.

„Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.“
Zustimmung in der Bevölkerung: 15,5%*

„Man kann mir nicht sagen, neben einem Asylantenheim zu wohnen.“
Zustimmung in der Bevölkerung: 15%*

Auch in Deutschland gibt es seit 2013 mit der Alternative für Deutschland (AfD) eine rechtspopulistische Partei. Bei der Bundestagswahl im September 2017 erhielt sie 12,6%. Zuvor erreichte sie bei den Landtagswahlen im Jahr 2016 in Baden-Württemberg 15%, in Sachsen-Anhalt 24,3% und in Mecklenburg-Vorpommern 25%.

Die Kennzeichen für Rechtspopulismus sind vielfältig und nicht jede rechtspopulistische Partei muss zwangsläufig alle diese Kennzeichen aufweisen. Die Parteien und Feindbilder, denen sich der Rechtspopulismus bedient, sind in gewissem Maße austauschbar.

Sowohl die Bundesflagge als auch die angrenzende „Wimper“ (benannt nach Josef Wimmer, einem Württembergler des 20. bis 19. Jhd) sind auf rechtspopulistischen Kundgebungen häufig zu sehen. Die alte Schwarz-Weiß-Flagge für die demokratische Tradition in Deutschland, und die von Josef Wimmer gestaltete Flagge war als neue Reichsflagge nach einem erfolgreichen Umsturz des Hochadels vorgesehen. Beide Flaggen werden aber von Rechtspopulisten für ihre Zwecke instrumentalisiert.

* Zustimmungswerte nach IPS-Basis-Studie 2016 („Integration 888“ – Friedrich-Ebert-Stiftung)

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Fritz-Erler-Forum
Baden-Württemberg

mokratischer Instrumente, wie Volksabstimmungen oder Referenden, lässt sich vor diesem Hintergrund erklären.

Anti-Minderheiten: „Wir“ gegen „Die Anderen“

Aus dieser Grundkonstanten wird aber auch ein anderes Wesensmerkmal des Rechtspopulismus begründet: Dadurch, dass das Volk als homogene Einheit wahrgenommen wird, werden Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen negiert. Auf diese Weise propagieren populistische Parteien einen Gegensatz zwischen einem „Wir“ – verstanden als eben diese Einheit – und „Den Anderen“. Das Ergebnis dieser Abgrenzung findet sich in fremdenfeindlichen, antipluralistischen und antiegalitären Tendenzen rechtspopulistischer Gruppierungen.

Law and Order

Daran anschließend nutzen Rechtspopulist_innen oft auch eine in der Gesellschaft diffus vorhandene Angst vor Kriminalität, welche in der Darstellung rechtspopulistischer Gruppen eine essentielle Bedrohung für die Gemeinschaft darstelle und mehr und mehr zunehme. Aus dieser Argumentation entspringt die Forderung nach einer strikten „Law-and-Order-Politik“, welche Maßnahmen wie Videoüberwachung, ausgeweitete Befugnisse für die Polizei oder härtere Bestrafungen für kriminelles Handeln vorsieht. Dabei stehen erneut Minderheiten wie Migrant_innen oder politische Randgruppen im Zentrum der Aufmerksamkeit, da in erster Linie solchen Gruppen eine grundsätzliche Tendenz zu kriminellen Verhalten unterstellt wird.

Strategie: Einfache Antworten auf schwierige Fragen

Im Fokus rechtspopulistischer Parteien steht daher in erster Linie eine Identitätsstiftung gegenüber der Politik und sozialen Randgruppen, während die inhaltliche Programmatik häufig diffus bleibt. Sie konzentriert sich auf einzelne Probleme, welche abgehoben aus ihrem Kontext betrachtet und zu Krisenerscheinungen mit höchster Bedrohlichkeit stilisiert werden. Davon zeugen Aussagen, wie „Überfremdung ist Völkermord“. Zur Lösung dieser

Konflikte werden Vorschläge formuliert, welche eine fundamentale Wende dieser bedrohlichen Situation erreichen sollen. Dabei basieren diese Lösungsvorschläge durchweg auf einer Vereinfachung komplizierter Zusammenhänge und können daher der auf komplexen Logiken fußenden Realität nicht gerecht werden. Entsprechend gestaltet sich auch die Rhetorik von Rechtspopulist_innen zur Kommunikation ihrer Ziele: verkürzt, zugespitzt, skandalisierend und anderen Parteien gegenüber provozierend. So soll Stimmung gegen das „Establishment“ und Unterstützung für die eigene Idee gesammelt werden.

Rechtspopulistische Gruppierungen

Seit den 1970er Jahren haben sich rechtspopulistische Parteien und Bewegungen in mehreren europäischen Ländern entwickelt und bis heute Sitze in verschiedenen nationalen Parlamenten erreicht. Zu nennen wären hier beispielsweise die ungarische Fidesz, die polnische PIS oder die österreichische FPÖ, die in ihren Ländern sogar eine Regierungsbeteiligung erreicht haben.

In Deutschland lässt sich nach den oben genannten Wesensmerkmalen die Alternative für Deutschland (AfD) als rechtspopulistische Partei einordnen. Sie wurde 2013 gegründet und erreichte in den Landtagswahlen 2016 in Baden-Württemberg 15,1 %, in Sachsen-Anhalt 24,3 % und in Mecklenburg-Vorpommern 20,8 %. Dieser rasante Wahlerfolg schlug sich im Jahr 2017 auch auf nationaler Ebene nieder, als die Partei in der Bundestagswahl 12,6 % erreichen konnte und damit erstmals in den Bundestag einzog. Das zentrale Thema der AfD in ihrem Bundestagswahlkampf, welches auf Wahlplakaten oder in Reden zugespitzt propagiert wurde, war die Ablehnung von Migration und Flüchtlingen.

Rechtspopulistische Gruppierungen sind aber nicht immer in festen Parteistrukturen organisiert, sondern finden oft auch Ausdruck in entsprechenden Protestbewegungen. In Deutschland ist das beispielsweise die fremdenfeindliche „Pegida“-Bewegung („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“), die seit 2014, von Dresden ausgehend, in vielen deutschen Städten Protestmärsche gegen Migration und Flüchtlinge organisiert.

● Tipps zur Führung

Um die Gefahr des Rechtspopulismus zu verdeutlichen, sollte hier über die Vereinbarkeit von rechtspopulistischen Ideen mit demokratischen Werten diskutiert werden. Dabei sollte gerade die Negierung und die damit einhergehende Ablehnung der gesellschaftlichen Vielfalt problematisiert werden, da diese in einem konkreten Konflikt mit demokratischen Grundpfeilern wie Toleranz und Pluralismus steht. Daran anschließend sollte aber auch über den Unterschied zwischen Rechtspopulismus, der sich zumindest vordergründig zur Demokratie bekennt, und Rechtsextremismus diskutiert werden.

Mögliche Fragen an die Teilnehmer_innen:

- *Wo seht ihr Widersprüche zwischen dem demokratischen und rechtspopulistischen Weltbild? Wo seht ihr Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus?*

Darüber hinaus sollte auch das große Wählerpotential rechtspopulistischer Parteien in Deutschland und anderen europäischen Ländern besprochen werden.

Mögliche Fragen an die Teilnehmer_innen:

- *Welchen Grund machst du für die Wahlerfolge der AfD verantwortlich? Wie könnten durch rechtspopulistische Parteien geschürte Ängste reduziert werden?*

durch Verbindungen in die gewaltbereite Neonaziszene auffielen. Dazu gehört die ungarische Jobbik, die mit 15% bei den Wahlen zum Europäischen Parlament abschnitt, aber auch die griechische Morgenröte (CA), die mit drei Mandaten ins Europaparlament einzog.

In der Reihe „Impulse gegen Rechtsextremismus, 1/2014“ wird unter dem Titel „Europa nach der Wahl: Rechtsruck wie befürchtet?“ eine kurze Analyse der Europawahl vorgenommen: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10898.pdf>.

Nach der Europawahl 2014 haben sich zwei „rechte“ Fraktionen herausgebildet. Unter dem Namen „Europa der Nationen und der Freiheiten“ (EN) bildete sich eine Fraktion aus dem französischen Front National (FN), der niederländischen „Partei für die Freiheit“ (PVV) und der italienischen „Lega Nord“ (LN). Die zweite rechtsgerichtete Fraktion auf europäischer Ebene „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“ (EFDD) wird von der britischen „UK Independence Party“ (UKIP) und dem italienischen „Movimento 5 Stelle“ (M5S) dominiert. Durch die Bildung einer Fraktion bekommen die Rechtsextremen und Rechtspopulist_innen nicht nur eine stärkere Öffentlichkeit, etwa durch mögliche Vorträge in Ausschüssen oder Unterausschüssen, sondern sie können zudem mit erheblichen finanziellen Zuschüssen rechnen. Gerade die UKIP konnte 2016 einen extremen programmatischen Erfolg verzeichnen, als sich die Briten in einem Referendum für einen Austritt aus der europäischen Union entschieden. Mit ihren gezielten europaskeptischen und populistischen Kampagnen hat die Partei im Vorfeld der Entscheidung entsprechende Einstellungen innerhalb der britischen Bevölkerung angefeuert.

Ein Blick nach Deutschland:

Auf der europäischen Bühne sind rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien aus Deutschland zum aktuellen Zeitpunkt faktisch bedeutungslos. Ähnliche Wahlerfolge wie in den europäischen Nachbarländern blieben ihnen (bisher) verwehrt.

Bei der Europawahl 2014 galt in Deutschland erstmals keine Sperrklausel/Prozenthürde. Das Bundesverfassungs-

gericht hatte diese Beschränkung aufgehoben. Dies führte dazu, dass nun insgesamt 14 Parteien die 96 deutschen Abgeordneten stellen. Mit Udo Voigt, dem ehemaligen Vorsitzenden der NPD (1996 bis 2011), zog ein deutscher Rechtsextremist ins Europäische Parlament ein. Als fraktionsloser Abgeordneter ist Udo Voigt politisch weitestgehend isoliert. Die 2013 gegründete euro(pa)kritische Alternative für Deutschland (AfD) erreichte bei den Wahlen zum Europaparlament bundesweit 7,1% der Stimmen, was sieben Abgeordneten entspricht. Das bundesweit beste Wahlergebnis – ca. 15% - erreichte die AfD im baden-württembergischen Pforzheim. (Info: Pforzheim gilt als „Hot-Spot“ der rechten Szenerie in Baden-Württemberg. Zur Landtagswahl 1992 erzielten die „Republikaner“ (REP) in Pforzheim ein Spitzenresultat von 18,6%. Die REP zogen 1992 und 1996 in den Landtag von Baden-Württemberg ein. Heute sind die Republikaner in der politischen Bedeutungslosigkeit versunken.) Die AfD kann nicht eindeutig dem rechtsradikalen Spektrum zugeordnet werden, die Politikwissenschaft sieht diese Partei rechts von der CDU/CSU angesiedelt mit personell und inhaltlich offener Flanke zum Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Inhaltliche Kontroversen führten im Sommer 2015 zu einer Spaltung der AfD. Der gemäßigte Flügel um den Parteigründer Bernd Lucke formierte sich im Juli 2015 neu als „Allianz für Fortschritt und Aufbruch“ (ALFA), die sich 2016 in „Liberal-Konservative Reformer“ (LKR) umbenannte. Fünf der sieben Europaabgeordneten der ehemaligen AfD sind jetzt in Reihen der LKR aktiv.

Die starken Wahlergebnisse der AfD auf Landes-, Bundes- und Europaebene sowie das Aufkommen der Bewegung „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ – kurz Pegida – zeigen, dass Ressentiments gegen den Islam, aber auch eine allgemeine Partei-, Politik- oder gar Demokratieverdrossenheit, Menschen in Massen auf die Straße treiben können. Davon zeugen beispielsweise die Pegida-Protestmärsche 2014/2015, die vor allem in Sachsen und dort in der Stadt Dresden stattgefunden haben. Ableger von Pegida waren jedoch auch in Baden-Württemberg aktiv. Hier vor allem in Karlsruhe und Villingen-Schwenningen. Islamfeindschaft als Kampagnen- und Mobilisierungsthema der extremen Rechten erweist sich auch in Deutschland als bis in die Mitte der Gesellschaft hinein anschlussfähig.

● Tipps zur Führung

Das Thema Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa vertiefend zu behandeln ist schwierig, weil dazu spezifische Analysen der einzelnen Länder herangezogen werden müssten. Daher erscheint es zielführender, persönliche Erfahrungen und Erlebnisse der Teilnehmer_innen bezüglich rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Tendenzen in Europa zu besprechen. Womöglich können Menschen mit Migrationshintergrund von ihren Herkunftsländern und von den dortigen politischen Entwicklungen erzählen.

Mögliche Fragen an die Teilnehmer_innen:

- *Wie erlebst du Rassismus und Ausgrenzung in Deutschland als Migrationsgesellschaft und in anderen europäischen Ländern?*

Weiterführende Informationen: Filmtipps

Filmtipp 1: „Im Feind vereint-Europas rechtsextreme Internationale“. Eine Dokumentation von Rainer Fromm hg. von der Landeszentrale für politische Bildung NRW, 2014, 28 Minuten: www.politische-bildung.nrw.de/multimedia/im-feind-vereint/index.html.

Eine Langfassung von 45 Minuten wurde auf ZDF.info ausgestrahlt und ist unter dem Titel: „Europa rechte Hetzer-Rechtsextremisten auf dem Vormarsch“ abrufbar unter: www.youtube.com/watch?v=X_wq6HR84hk.

Filmtipp 2: Die Dokumentation „Europas rechte Hetzer. Rechtsextremisten auf dem Vormarsch“ zeigt die enge europäische Zusammenarbeit verfassungsfeindlicher Gruppen in Europa, ausgestrahlt auf ZDFinfo, 43 Minuten, abrufbar unter: www.zdf.de/dokumentation/zdfinfo-doku/europas-rechte-hetzer-102.html.

Tafel 11: Vom Rand zur Mitte

Auf dieser Tafel werden unterschiedliche Strategien der extremen Rechten angesprochen, deren übergeordnetes und gemeinsames Ziel es ist, Akzeptanz und Sympathien innerhalb der Bevölkerung zu gewinnen.

Hintergrundinformationen

Rechtsextreme wollen mit ihren menschenverachtenden Positionen immer mehr in die Mitte der Gesellschaft vordringen und von dieser akzeptiert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, versuchen sie in konservative Kreise hineinzuwirken oder sich für kommunalpolitische Belange zu engagieren. Das oben rechts auf der Tafel gezeigte Bild vom „Wolf im Schafspelz“ soll diese Vorgehensweise verdeutlichen. Die wahren Absichten sind nicht sofort erkennbar, wenn sie in scheinbar harmloser Verpackung daherkommen.

Neue Rechte

Bei der „Neuen Rechten“ handelt es sich nicht um eine festgefügte Organisation oder gar um eine Partei. Vielmehr handelt es sich eher um ein loses informelles Netzwerk aus Personen, politischen Projekten und Publizist_innen. deren Ziel ist es, verstärkt Einfluss darauf zu gewinnen, wie die Gesellschaft die Wirklichkeit wahrnimmt. Die „Neue Rechte“ vermeidet bewusst eindeutig rechtsextreme Aussagen, um dem demokratischen Gegner keine Angriffsflächen zu bieten. Denn es gilt nach wie vor die Empfehlung des in neurechten Kreisen einflussreichen Geschichtslehrers Karlheinz Weißmann, sich bei öffentlichen Äußerungen durchaus angepasst zu verhalten, je nachdem, „ob hier der offene Angriff oder politische Mimikry gefordert ist“. Mit Mimikry meint er nichts anderes als Verstellung und Anpassungsverhalten. Dies ist auch deshalb wichtig, weil die „Neue Rechte“ auf die Mitte der Gesellschaft zielt und sich nicht auf den rechten Rand beschränken möchte.

Die „Neuen Rechten“ bewegen sich in einer Grauzone zwischen demokratischem und rechtem Spektrum. Sie nehmen eine „Scharnierfunktion“ ein, welche die demokratische Mitte und das rechte Spektrum verbindet. Das bedeutet, dass die „Neue Rechte“ der Mitte rechte Ge-



danken nahe bringt und umgekehrt die Themen der Mitte in die Diskussionen der Rechten einspeist. Auf der Ausstellungstafel wird die Scharnierfunktion oben links graphisch dargestellt.

Ideologisch beruft sich die „Neue Rechte“ auf die „Konservative Revolution“. Darunter versteht man eine Gruppe von Intellektuellen in der Weimarer Republik, die der Vorstellung von freien und gleichen Individuen mit einer universellen Menschenwürde sowie der Demokratie, insbesondere dem Parlamentarismus und Pluralismus, ablehnend gegenüberstanden. Stattdessen sei alles gerechtfertigt, was zum Wohle des Kollektivs geschehe. Den größten Einfluss auf die „Neue Rechte“ hat der umstrittene Staatsrechtler Carl Schmitt (1888–1985). Er entwickelte die Vorstellung, dass als politische Akteure nur Kollektive wie das Volk oder die Nation zu gelten hätten. Diese Kollektive müssten homogen sein. Diesen ideologischen Hintergrund versucht die „Neue Rechte“ auf aktuelle politische Diskussionen zu übertragen. Dies geschieht etwa in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“, einer der wichtigsten Publikationen der „Neuen Rechten“. Die professionell produzierte Zeitung mäßigte in den letzten Jahren ihren Ton, obgleich sie autoritäres Elitedenken vermittelt und die Achtung der Menschenwürde und Demokratie rhetorisch geschickt – gemäß der politischen Mimikry – in Frage stellt. In einem ähnlichen Kontext ist die monatlich erscheinende politische Zeitschrift „Compact – Magazin für Souveränität“ zu sehen, welche von Wissenschaftler_innen und Journalist_innen dem Rechtspopulismus zugeordnet wird. Seit 2015 präsentiert sich die Zeitschrift als Sprachrohr der AfD.

Als Kernelement der „Neuen Rechten“ gilt das Konzept des Ethnopluralismus. Der Begriff Ethnopluralismus ist ein aus griechischen und lateinischen Wortteilen zusammengesetztes Kunstwort und lässt sich mit „Völkervielfalt“ übersetzen. Diese Völkervielfalt soll erhalten bleiben und insofern wird jedem Volk einerseits das Recht auf eine eigene „nationale Identität“ zugebilligt, aber andererseits darf diese nur im jeweiligen Heimatland ausgelebt werden. Während von klassischen Rechtsextremist_innen etwa die Parole „Ausländer raus!“ zu hören ist, würden Vertreter_innen der „Neuen Rechten“ dies eher subtiler formulieren und sagen: „Alle Menschen sollen in den Län-

dern leben, in denen sie per Abstammung und Tradition zu Hause sind“.

Rechtsextreme „Kommunalpolitik“

Abgesehen von intellektuellen Diskursen und Versuchen, rechte Positionen in der Mitte der Gesellschaft hoffähig zu machen, ist die extreme Rechte ganz konkret um eine lokale Verankerung bemüht. Der untere Teil der Ausstellungstafel verweist auf solche Strategien. Durch das Aufgreifen kommunaler Anliegen und Probleme, das Auftreten als „Kümmerer“, soll eine größere Akzeptanz bei der (deutschen!) Bevölkerung erreicht werden. Dabei sind sich Rechtsextreme durchaus bewusst, dass Aktionen mit deutlich erkennbarem rechtsextremistischem Hintergrund meist auf Ablehnung stoßen. Daher unterwandern bzw. radikalisieren sie bestehende Ressentiments, wie etwa Proteste von Anwohner_innen gegen die Errichtung von Asylbewerberheimen oder den Bau von Moscheen. Sie können dabei an Vorurteile anknüpfen, die in der Bevölkerung weit verbreitet sind. Rechtsextreme wählen mittlerweile ganz gezielt Themen aus, die Zuspruch versprechen. Dazu gehören zum Beispiel Kampagnen wie „Deutschland gegen Kindesmissbrauch“ oder ein Engagement im Tier- oder Umweltschutz. Für Menschen, die sich nur oberflächlich mit Strategien der extremen Rechten beschäftigt haben, ist oftmals nicht auf den ersten Blick zu erkennen, wer sich eigentlich engagiert. So bleibt oft verborgen, dass es zum Beispiel die NPD ist, die ihre antidemokratischen und menschenverachtenden Positionen auf unterschwellige Art und Weise verbreiten will.

• Tipps zur Führung

Für eine Diskussion zum Thema könnte das Bild vom „Wolf im Schafspelz“ aufgegriffen werden.

Mögliche Fragen an die Teilnehmer_innen:

- *Findest du ein offenes oder ein verstecktes Auftreten von Rechtsextremen gefährlicher? Bist du selbst schon einmal auf solche Mimikry hereingefallen?*

Tafel 12: Erlebniswelt Rechtsextremismus

Wie bereits auf Tafel 11 beschrieben wurde, ist die Verbindung oder Mischung von Freizeit- und Unterhaltungswert mit radikalen, extremen politischen Inhalten zum Kennzeichen des modernen Rechtsextremismus geworden. Mit einer „Erlebniswelt Rechtsextremismus“, der Kombination von Freizeitangeboten und rechtsextremen Menschenhass, knüpft die rechte Szene an Alltagsinteressen von Jugendlichen an. Rechte Vordenker_innen wissen, dass sich die wenigsten Jugendlichen für Parteipolitik begeistern und interessieren lassen. Also bieten sie zunächst das an, was Jugendliche bewegt, was sie in ihrer Freizeit ohnehin machen (Musik hören, Videos schauen, im Internet surfen usw.) und richten ihre Werbung nach den neuesten Trends der Jugendszene aus. Politische Inhalte werden jugendgerecht verpackt und landen dann wie ein schlechendes Gift in den Köpfen der Menschen.

Hintergrundinformationen

Einstieg und Ausstieg

Der obere Teil der Ausstellungstafel beschäftigt sich mit Einstiegsmotiven in die rechte Szene. Weiter unten wird auf Beratungsmöglichkeiten hingewiesen und eine Telefonnummer der BIG Rex des Landeskriminalamtes genannt, an die sich Personen wenden können, die sich von der Szene trennen möchten.

Der Einstieg in die rechte Szene erfolgt nicht immer als eine ganz bewusste Entscheidung für eine rechtsextreme und rassistische Sichtweise der Welt. Das liegt auch daran, dass er meist sehr früh erfolgt: das typische Einstiegsalter liegt zwischen 12 und 15 Jahren. Gründe dafür, sich solchen nach außen geschlossenen und stark auftretenden Jugendcliquen anzuschließen, finden sich beispielweise in einem Umfeld mit nur wenigen alternativen Jugendgruppen oder Freizeitangeboten, in einem mangelnden kritischen Umgang mit rechtsextremem Gedankengut in Elternhaus und Schule oder in der Suche nach Anerkennung. „Ich habe etwas gegen Ausländer_innen und/oder Flüchtlinge“, ohne dieses Grundmotiv lässt sich jedoch ein Einstieg in die rechte Szene nur schwer erklären. In einer Zuwanderungsgesellschaft wie Deutschland können es



auch Jugendliche mit Migrationshintergrund sein, die sich nach ganz weit rechts entwickeln und sich entweder deutschen Rechtsextremen anschließen oder rechtsgerichteten Organisationen ihrer ursprünglichen Heimatländer angehören, die in Deutschland aktiv sind.

Nach einem meist eher spontanen Einstieg in die rechte Szene kommen die Jugendlichen dann mehr und mehr mit den politischen Ansichten der Rechtsextremen in Verbindung, auch wenn der politische Anspruch auf den ersten Blick nicht immer deutlich zu erkennen ist. Dies mündet schrittweise in Aktionen mit rechtsextremem Hintergrund, die von der Teilnahme an rechten Aufmärschen, dem Verteilen von Flyern bis hin zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit Menschen, die nicht in das Weltbild der Rechtsextremen passen, reichen. Die „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ unterstützt dies. Vom Mitlaufen über das Mitwissen ist der Weg zur Mittäterschaft nicht weit. Zu diesem Zeitpunkt ist ein Ausstieg aus der Szene schwer. Ein solcher Schritt würde einerseits bedeuten, die eigene Gruppe zu verlassen und allein dazustehen, und andererseits dazu führen, mit der Bedrohung durch die „Kamerad_innen“ als „Verräter_innen“ leben zu müssen. Unterstützung und Hilfe beim Ausstieg bietet zum Beispiel das Landeskriminalamt in Baden-Württemberg. Es gibt jedoch auch Aussteigerhilfen, die jenseits von Polizei/Landeskriminalamt und Verfassungsschutz angesiedelt sind. Dazu gehört zum Beispiel Exit-Deutschland.

Anschließend geht diese Ausstellungstafel auf die Bedeutung der Musik, des Internets und rechter Kleidung und Vertriebs Händler ein.

Rechtsextreme Musik

Auf der unteren Hälfte der Ausstellungstafel werden rechtsextreme Musik, das Internet, rechter Kleidungsstil und Vertriebs Händler problematisiert. In der rechtsextremen Jugendkultur spielt Musik eine wichtige Rolle, da sich über dieses Medium sehr leicht politische Inhalte vermitteln und mit Gefühlen besetzen lassen. Die Inhalte treffen direkt ins Herz und sprechen nicht nur den Verstand an. Viele junge Menschen kommen überhaupt erst durch Musik und die entsprechenden Videoclips in Berührung

mit der extremen Rechten. Häufig wird Musik deshalb als „Einstiegsdroge Nummer 1“ in die rechte Szene bezeichnet. Das liegt daran, dass Musik leicht konsumierbar und nicht so trocken wie politische Reden oder Texte ist. Musik hilft, Botschaften einfach zu transportieren. Inhaltlich richtet sich rechte Musik gegen alle nur denkbaren Feindgruppen der extremen Rechten: Jüd_innen, Ausländer_innen, Linke, demokratische Parteien und Politiker_innen. Andererseits wird der „heldenhafte“ Einsatz von historischen Größen des Nationalsozialismus, der Wehrmacht, der SS, aber auch von modernen Rechtsextremen besungen und schmeichelt damit dem Selbstbewusstsein von Leuten, die zur Szene gehören. Ein Großteil der heute produzierten CDs enthält keine strafbaren Inhalte. In Reihen der extremen Rechten sind Rechtsanwält_innen aktiv, deren Aufgabe es ist, die Inhalte zu prüfen. Trotzdem verbieten die Gerichte zahlreiche Rechtsrock-CDs wegen Volksverhetzung. Die bekanntesten rechten Bands in Baden-Württemberg sind „Act of Violence“ (Raum Ulm) und „Kommando 192“ (Enzkreis). Bis vor einigen Jahren sorgten Schulhof-CDs für Aufsehen, die auch in Baden-Württemberg kostenlos von Rechtsextremen vor Bildungseinrichtungen verteilt wurden. Die Zeit solcher CDs ist aber vorbei. Musik wird heute über das Internet verbreitet. Ein Download von Musik, wenn auch oft illegal, ist unter Jugendlichen verbreitet. Auch darauf hat die rechte Szene reagiert.

Das Internet

Für die rechte Musikszene ist das Internet auch mit Blick auf den Vertrieb sehr wichtig geworden. Fast alle Musikvertriebe besitzen Websites und Profile in den sozialen Netzwerken, über die CDs aber auch Szenezubehör wie T-Shirts, Buttons, Aufkleber, Fahnen, Militaria etc. verkauft werden. In Baden-Württemberg sind drei Internet-Vertriebe von Bedeutung: Der „Weltnetzladen“ im Raum Heilbronn/Neckarwestheim (unten auf der Tafel abgebildet), „Ragnarök Records“ im Raum Karlsruhe/Rheinstetten und „Revoltopia“ im Enzkreis/Iltingen. Hinzu kommt, dass Vertriebe aus dem Ausland strafbare Produkte, zum Beispiel CDs mit volksverhetzendem Inhalt oder T-Shirts mit Hakenkreuz, anbieten und somit deutsche Gesetze umgehen.

Das Internet bietet also für Rechtsextreme eine einfache Möglichkeit, ihre Musik, ihre Artikel und Meinungen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen und mit Menschen schnell und auf einfachem Weg in Kontakt zu treten. Das gilt natürlich auch umgekehrt: Noch nie war es so einfach, Kontakt mit der rechten Szene aufzunehmen und sich ihr – zunächst vielleicht unerkannt und anonym – virtuell anzuschließen. Insofern bietet das Internet heute einen leichten und schnellen Weg in die rechte Szene. Hier findet Austausch und rege Kommunikation statt. Hier bestärken sich radikale Meinungen und schaukeln sich gegenseitig hoch.

Zwei mittlerweile verbotene rechtsextreme Informations- und Diskussionsportale, das Thiazi.net und Altermedia, wurden maßgeblich von Rechtsextremist_innen aus Baden-Württemberg mitbetrieben. Beim Thiazi.net waren ein Rechtsextremer aus Karlsruhe und eine Rechtsextremistin aus Untereisesheim/Heilbronn führend aktiv und mussten sich wegen ihrer Tätigkeit vor Gericht verantworten. Bei Altermedia war ein Mann aus St. Georgen im Schwarzwald einer der Drahtzieher.

Ganz oben rechts auf der Tafel ist eine rechtsextreme Kochshow abgebildet. Es handelt sich dabei um eine Show mit veganer Küche, die vordergründig sehr witzig aufgemacht ist. Die Inhalte sind jedoch rechtsextrem, wenn dies auch nicht auf den ersten Blick erkennbar ist. Auch so etwas gibt es heutzutage. Mittlerweile betreiben Rechtsextreme eine große Vielfalt an Videokanälen, Radio- und TV-Sendungen.

Nutzer_innen des Internets stehen vor allem in sozialen Netzwerken vor der Herausforderung, dort rechtsextreme Inhalte zu erkennen und dem Auftreten von Rechtsextremen etwas entgegenzusetzen.

Zusätzlich zu den gängigen sozialen Medien existieren aber auch Kanäle, die zwar nicht ausschließlich aber häufig von Rechtsextremist_innen genutzt werden, um sich untereinander besser vernetzen und im Geheimen austauschen zu können. Dazu zählen beispielsweise das Netzwerk vk.com als Ersatz für Facebook oder die Plattform Gab.ai, welches alternativ zu Twitter genutzt wird.

● Tipps zur Führung

Bei der Führung sollte die Bedeutung der Musik, des Internets sowie der sozialen Medien für die rechte Szene unterstrichen werden.

Mögliche Fragen an die Teilnehmer_innen:

- *Welche Bedeutung haben Internet, soziale Medien und Musik für die Anwerbung von Jugendlichen und ihren Einstieg in die Szene? Was kann dagegen getan werden? Wie sollte man reagieren, wenn sich jemand der rechten Szene anschließt?*

Darüber hinaus ist es aber auch wichtig, persönlichen Bezug herzustellen und auf das Umfeld sowie die Erfahrung der Teilnehmer_innen einzugehen.

Mögliche Fragen an die Teilnehmer_innen:

- *Kennt ihr rechtsextreme Musik oder Bands? Seid ihr im Internet bereits auf rechtsextreme Seiten gestoßen, die ihr nicht gleich als solche erkannt habt? Wie kann auf Hass-Seiten im Internet reagiert werden?*

Anregungen zur Reaktion auf Hass-Seiten finden sich auch auf Tafel 15 und 16.

Tafel 13: Rechtsextreme Jugendszene

Vor allem Jugendliche werden von der rechten Szene gezielt angesprochen und umworben. Das geschieht über jugendgerechte Angebote im Internet, über Musik, Freizeitaktivitäten und modernes Styling. Anhänger_innen der rechten Szene sind nicht immer auf den ersten Blick am Erscheinungsbild zu erkennen. Auf der Ausstellungstafel werden verschiedene Strömungen und Aktionsformen der rechtsextremen Jugendszene vorgestellt. „Geheime“ Symbole und Codes dienen rechtsextremen Jugendlichen als Erkennungszeichen. Auf Tafel 12 (Erlebnisswelt Rechts-Extremismus) werden Inhalte und Methoden genauer betrachtet, die in der rechtsextremen Jugendszene zur Anwerbung neuer Anhänger_innen genutzt werden.

Hintergrundinformationen

Für Jugendliche gewinnen Gruppen von Gleichaltrigen während des Aufwachsens enorm an Bedeutung. Dort finden sie verschiedene Möglichkeiten, sich zu entfalten und zu erproben. Zwei Jugendszenen, deren Sicht auf die Welt rechtsextrem geprägt ist, werden auf der Ausstellungstafel beschrieben: Rechte Skinheads und Autonome Nationalist_innen. Beide Szenen vermitteln ihrer Zielgruppe ein trügerisches Gefühl von Zugehörigkeit, Stärke und Anerkennung. Sie knüpfen an reale Bedürfnisse von Jugendlichen nach Abenteuer, Action und Spaß an. Politische Inhalte und Botschaften werden dabei eher beiläufig und geradezu spielerisch vermittelt.

Rechte Skinheads

Unsere Vorstellung davon, wie ein Rechtsextremist/eine Rechtsextremistin auszusehen hat, ist häufig durch Vorurteile und Bilder geprägt, die in den Medien verbreitet werden. Dazu gehört der „klassische“ rechte Skinhead mit Glatze, Springerstiefeln und Bomberjacke, der als ungebildet, aggressiv und trinkfest beschrieben wird. In Baden-Württemberg gab es 2015 etwa 380 rechtsextreme Skinheads, darunter 20% Mädchen und Frauen, die so genannten Renees. Die Anzahl rechtsextremer Skinheads geht seit vielen Jahren zurück und die Szene verfügt über eher lose Strukturen. Eine Ausnahme bilden dabei die Hammerskins, die sich als Elite verstehen und die über

Rechtsextreme Jugendszene

Soziale Gruppen und Szenen sind wichtig für die eigene Identität. Neonazis und andere Rechtsextreme versuchen gezielt, Jugendliche anzusprechen. Dies geschieht über Freizeitangebote, Web 2.0-Aktivitäten, Musik und Styling. Vielen Rechtsextremen sieht man ihre Einstellung nicht am Äußeren an. Gerade unter den Jüngeren ist nicht mehr nur ein brachialer Skinhead-Style beliebt, sondern auch Outfit und Aktionsformen sog. „Autonomer Nationalisten.“

Rechte Skinheads

- Meist an stereotypen Merkmalen zu erkennen: Glatze, Springerstiefel, Bomberjacke und betont männlich-aggressives Auftreten
- Alkohol spielt eine große Rolle, aber auch gemeinsame Fahrten zu Aufmärschen oder zu Konzerten
- Hohe Akzeptanz von Gewalt gegen andere, aber auch innerhalb der Gruppe
- Lose organisiert, man trifft sich auf Konzerten etc.

Freie- und Autonome Nationalisten

- Sind die neueste Erscheinungsform und bekommen viel Zulauf, auch aus anderen rechtsextremen Gruppen
- Beziehen sich explizit auf den Nationalsozialismus
- Aktivistische Orientierung – Aufmärsche, gemeinsame Abende mit Schulungen und politische Aktionen spielen eine große Rolle
- Regionale Gruppen, die im Regelfall überregional vernetzt sind
- Sind betont jugendlich und verwenden verstärkt neue Medien
- Fallen oft durch ihre Gewaltbereitschaft, vor allem bei Aufmärschen auf
- Ihr Kleidungsstil passt sich den verschiedenen Jugendszenen an, sie kopieren seit vielen Jahren den Kleidungsstil linksautonomer Gruppen und treten bei Aufmärschen als sogenannte „Schwarzer Block“ auf

Rechtsextreme Symboliken und Codes

Beinahe alle Jugendkulturen der extremen Rechten verwenden zahlreiche Symbole oder Codes, deren Bedeutung oft nur Szenekundigen bekannt ist.

Zieleken: In der Szene sind Symbole aus heidnischer Kultur und der nordischen Mythologie ebenso beliebt wie allgemeine Runen oder Zeichen, die sich an jene des Nationalsozialismus anlehnen.

Neuere Aktionsformen: Wie die Demonstrationen der „Hinterfächer“ mit Masken und Fackeln sollen durch musikalische Juchhe, Stäbe schwingen und Änderndenke einsprichtern. Die Aufnahme der „Identitäten“ („100% Identität“ ist ein rechter Code für Beiseitern mit Masken und Musik knipfen an Aktionsformen sozialer Bewegungen an. Die „Identitäten“ geben sich lang, modern und poppig und bewirken mit verschiedenen Aktionen, wie beispielsweise mit der Besetzung des Brandenburger Tors 2016, öffentliche Beachtung.

Zahlencodes: Es gibt viele Varianten. Meist spiegelt sich hinter der Ziffer der jeweilige Buchstabe im Alphabet wider, wie z.B. 28 für HI = Nazi Hitler, 44 = Deutschland des Deutschen, 18 für AH = Adolf Hitler oder 28 für die verbotene neozialistische Organisation „Blood & Honour“ („Blut & Ehre“ war auf dem Fahrtenmesser der Hitler-Jugend eingraviert). Die 51 ist eine Anspielung auf die Machtergreifung der NSDAP im Jahre 1933.



Fritz-Erler-Forum
Baden-Württemberg

13

eine straffe Organisation und eine internationale Vernetzung verfügen. Der Europachef der Hammerskins lebt in Ludwigshafen und verfügt über beste Kontakte nach Baden-Württemberg.

In den letzten Jahren hat sich auch das Outfit bekennender Skinheads gewandelt: Glatze und Springerstiefel sind längst kein „Muss“ mehr. Entscheidender ist das Lebensgefühl und dafür spielt in der Skinheadszenen Musik eine herausragende Rolle. In Baden-Württemberg gab es 2016 acht Skinheadbands. Zu den aktivsten Bands gehörten: „Kommando 192“ (Raum Pforzheim), „Carpe Diem“/I.C.1 (Raum Stuttgart) und Act of Violence/Sub'sist (Raum Ulm).

Für den Zusammenhalt der Szene sind rechtsextreme Konzerte, die im In- und Ausland stattfinden, von überragender Bedeutung. Zum einen stabilisieren Konzerte die Szene durch gemeinsame Erlebnisse, zum anderen dienen sie der Anwerbung neuer Mitglieder und der Verbreitung der rassistischen Botschaft. Ferner festigen die genannten rechtsextremen Symbole und Codes die gemeinsame Identität und den Zusammenhalt der Skinheads. Politisch ist die Szene in weiten Teilen nicht gefestigt. Es herrscht eher ein dumpfer Rassismus vor. Zudem besteht eine hohe Gewaltbereitschaft, die zumeist unter Alkoholeinfluss bereits zahlreiche Opfer gefordert hat: in erster Linie Ausländer_innen, Migrant_innen, Homosexuelle und Linke. Wichtig zu betonen ist, dass nicht alle Skinheads rassistisch und rechtsextrem sind. Innerhalb der Skinheadbewegung gibt es neben rechtsextremen Skinheads auch sogenannte „Oi-Skins“, die sich als unpolitisch bezeichnen, und „Redskins“ beziehungsweise „SHARP-Skins“, die politisch links und antirassistisch eingestellt sind. SHARP bedeutet: Skinheads Against Racial Prejudice, also Skinheads gegen rassistische Vorurteile.

Neonazis und Nationalist_innen

Unter den Autonomen Nationalisten finden sich viele bekennende Neonazis. Neonazis haben eine gefestigte rechtsextreme Weltanschauung und berufen sich auf den historischen Nationalsozialismus, wobei die Bezugspunkte innerhalb der Szene durchaus unterschiedlich sind. Nicht alle sind glühende Verehrer von Adolf Hitler. Manche ver-

stehen sich als „Nationale Sozialisten“ und orientieren sich an den Brüdern Strasser. In jedem Fall vertreten Neonazis einen völkischen Nationalismus, den sie durch „Überwindung des Systems“ (= Abschaffung der Demokratie) verwirklichen wollen. Menschen, die nach der neonazistischen rassistischen Definition nicht dem deutschen Volk angehören, bezeichnen sie als minderwertig. Damit rechtfertigen sie Diskriminierung und sogar Gewalt gegen diese Gruppen. Neonazis, die oft unauffällig gekleidet sind, sind – trotz punktueller Zusammenarbeit mit rechtsextremen Parteien – parteiförmig ungebunden, weil ihrer Meinung nach Parteien zur Anpassung an das zu überwindende System neigen. Bis zu Beginn der 1990er Jahre waren die Neonazis häufig in Vereinen organisiert. Mittlerweile wurde die rechtsextreme Infrastruktur zahlreichen Vereinsverboten gestört. Erst 2016 wurde in Baden-Württemberg die neonazistische und gewaltbereite Gruppierung „Weisse Wölfe Terrorcrew“ verboten. Als Folge dieser Politik entwickelten Vordenker der Neonazi-Szene eine neue Organisationsstrategie, die vornehmlich durch eine informelle Struktur gekennzeichnet ist – die „Freien Kameradschaften“ (kleine autonome Gruppen, die untereinander vernetzt sind). Regelmäßige Treffen und politische Aktivitäten wie Demonstrationen, die sie innerhalb kürzester Zeit planen, organisieren und durchführen, halten die Gruppen zusammen. In Baden-Württemberg ist zu beobachten, dass die Kameradschaftsszene in jüngster Zeit schrumpft und sich deren Anhänger_innen den neuen rechtsextremen Parteien („Die Rechte“/„Der Dritte Weg“) anschließen. Zu dieser Entwicklung dürften Verbote von Kameradschaften, wie das der „Autonomen Nationalisten Göppingen“, beigetragen haben. Augenscheinlich treffen die neugegründeten, radikalen und militanten rechtsextremen Parteien auf eine höhere Akzeptanz in der Szene als die, in diesen Kreisen als bieder und altbacken geltende NPD.

Autonome Nationalist_innen

Das Erscheinungsbild der rechten Szene hat sich seit den 80er und 90er Jahren ständig gewandelt und modernisiert. Die Zeiten des martialischen Neonazi-Skins, der am Outfit leicht zu erkennen war, sind Geschichte. Die optischen Abgrenzungen zu anderen Szenen werden zusehends unscharf und es vermischen sich Stilelemente,

Symbole und ästhetische Vorstellungen. Trends der allgemeinen Jugendkultur und des Zeitgeistes werden aufgenommen und von rechts besetzt. Und so gibt es auch ihn heute: Den Nipster (=Nazi-Hipster)!

Eine Entwicklung in der rechtsextremen Jugendszene ist eine zunehmende Bandbreite an Dress Codes, die mittlerweile toleriert wird. So tragen die rechtsextremen „Autonomen Nationalisten“ – eine sehr gewaltbereite Gruppierung innerhalb der Neonazi-Szene – schwarze Kapuzenpullover, Sonnenbrillen, Baseballmützen und Palästinenser-Tücher. Manche sind gepierct, andere tragen sogar den bei Punks beliebten Irokesenhaarschnitt. Damit sind sie äußerlich kaum von Links-Autonomen zu unterscheiden. Entscheidend ist: Noch vor 15 bis 20 Jahren musste man als Neonazi eigentlich auch äußerlich den Look von Skinheads übernehmen, um dazuzugehören. Durch den modischen Umbruch der „Autonomen Nationalisten“ ist es heute dagegen möglich, sich „modern“ und „alternativ“ zu kleiden und trotzdem Neonazi zu sein. Es können also viel mehr Leute in der Szene akzeptiert werden, ohne ihr Äußeres drastisch ändern zu müssen. Letztendlich ist der neue und moderne Dress Code auch ein Versteckspiel, um nicht sofort als Nazi erkannt zu werden.

Symbole und Codes

Obwohl die rechtsextreme Jugendkultur, zumindest in weiten Teilen, modisch inzwischen auf dem neuesten Stand ist, haben Symbole mit NS-Bezug nichts an Beliebtheit eingebüßt. Als Erkennungszeichen haben Rechtsextreme verschiedene Codes und Symbole entwickelt, die sich häufig auf den Nationalsozialismus beziehen. Um sich nicht strafbar zu machen, werden sehr gern Zahlencodes benutzt. Zum Beispiel steht in dem Zahlencode 88 die Zahl 8 für den achten Buchstaben im Alphabet. HH ist ein Kürzel für „Heil Hitler“. Weitere Codes sind 18 für „Adolf Hitler“ oder 198 für „Sieg Heil“. Auch der Trend, möglichst viele Vokale wegzulassen, ist bei Rechtsextremen beliebt. Verehrer des Hakenkreuzes, das ein verbotenes Symbol darstellt, zeigen ihre politische Einstellung heute beispielsweise durch das Tragen eines Kleidungsstückes mit der Aufschrift HKN KRZ. Diese gemeinsamen Codes schweißen einerseits die Szene zusammen und vermitteln

andererseits eine politische Botschaft nach außen, die oft aber nur Eingeweihten und Aufgeklärten auffällt.

Aktionsformen

Die rechte Szene ist ständig bemüht, neue Aktionsformen zu finden. Auch dabei schaut man nach zeitgemäßen Ideen und klaut diese hemmungslos von anderen politischen Bewegungen. Auf der Ausstellungstafel unten rechts wird auf Aktionen der „Unsterblichen“ hingewiesen, die sich nachts konspirativ (= heimlich) zu einer Art Flash Mob trafen, durch zumeist entlegene Gebiete von Städten und Gemeinden zogen, die Aktion dann filmten und so erreichten, dass auch die kleinsten Mini-Aktionen plötzlich riesig und beeindruckend erschienen. Mehr Schein als Sein. Die ins Internet gestellten Videoclips wurden tausendfach aufgerufen und wurden auf diese Weise zu einem Propaganda- (= Werbe-) Erfolg für die extreme Rechte. Solche Aktionen gab es in Baden-Württemberg vornehmlich im Raum Karlsruhe und im Enzkreis. Mittlerweile wurden sie eingestellt.

Ein kleines Foto verweist auf die „Identitäre Bewegung“ (IBD). Die IBD wird seit 2015 vom Verfassungsschutz in Baden-Württemberg beobachtet. Sie entstand in Frankreich und verfügt über ein europaweites Netzwerk. In Baden-Württemberg gibt es verschiedene Untergliederungen, die sich zu Stammtischen und Aktionen treffen. Ähnlich wie den „Unsterblichen“ geht es den Identitären um spektakuläre und öffentlichkeitswirksame Aktionen. In Tübingen wurden im Frühsommer 2016 beispielsweise an öffentlichen Plätzen Tatortzeichnungen von Leichen angebracht. Auf den Umrissen der Leichen waren Stichworte zu lesen, was und wer in Deutschland angeblich durch eine „Überfremdung“ der Gesellschaft sein Leben verliert. In der IBD sind vorwiegend angehende Akademiker_innen, also Studenten und Studentinnen organisiert. Ihre Aktionen betreffen deshalb hauptsächlich Universitätsstädte.

● Tipps zur Führung

Zum Einstieg bietet sich ein Brainstorming darüber an, wie die Vorstellung von einem klassischen Nazi aussieht. Daran anschließend kann über Klischees und übliche Zuordnungen gesprochen werden. Dabei ist der Hinweis wichtig, dass sich die Szene aus ganz unterschiedlichen Personen zusammensetzt. Sollte sich die Diskussion um Mädchen und Frauen in der rechten Szene drehen, kann auf Tafel 14 (Frauen in der rechten Szene) verwiesen werden.

Mögliche Fragen an die Teilnehmer_innen:

- *Wie stellt ihr euch einen Rechtsextremisten oder eine Rechtsextremistin äußerlich vor? Inwieweit können Klischees, wie „Ein Nazi ist männlich, dumm und ein Suffkopf“ gehalten werden?*

Außerdem kann auch in diesem Zusammenhang ein Bezug zu persönlichen Erfahrungen und regionalen Ereignissen hergestellt werden:

Mögliche Fragen an die Teilnehmer_innen:

- *Welche Symbole und Codes der rechten Szene kennt ihr? Von welchen Aktionen der extremen Rechten in der Region könnt ihr berichten?*

Tafel 14: Frauen in der rechten Szene

Die rechte Szene gilt als Männerdomäne. Doch längst haben Mädchen und Frauen auch diese Bastion erobert. Sie mischen in verschiedenen Spektren der extremen Rechten mit. Sie sind in rechtsextremen Parteien aktiv, schließen sich Kameradschaften an, arbeiten in rechtsextremen Kultur- und Vorfeldorganisationen oder schwimmen schlicht auf der Welle der braunen Subkultur mit.

Hintergrundinformationen

Zahlen, Daten und Fakten zur Beteiligung von Frauen im Rechtsextremismus

Bei Erhebungen zu politischen Einstellungen wird klar, dass Frauen keineswegs immun gegen rechte Ideologien (= Vorstellungen und Welterklärungsmodelle) sind. Forschungsergebnisse zum Syndrom (= Erscheinungsbild und Zusammenhänge) der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) lassen die Aussage zu, dass sich Männer und Frauen im Ausmaß ihrer feindlichen Einstellungen nur geringfügig unterscheiden. Bei einigen Elementen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ist die Sachlage sogar so, dass Frauen höhere Zustimmungswerte zu problematischen Einstellungen aufweisen. Dies gilt signifikant (= statistisch bedeutsam und auffallend) für Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Lediglich die Form, wie rechte Einstellungen ausgelebt werden, ist geschlechtsdifferenziert. Die Sozialwissenschaftlerin Renate Bitzan beziffert den Frauenanteil an verschiedenen Ausdrucksformen des Rechtsextremismus in folgenden Größenordnungen: Der Beitrag zu Straf- und Gewalttaten lag lange bei ca. 3-5 %, inzwischen erreicht er bis zu 10 %; Parteimitgliedschaften belaufen sich auf 7-20 %; ca. 33 % der Wähler_innen entsprechender Parteien sind Frauen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass Frauen grundsätzlich in der Politik und in allen politischen Parteien unterrepräsentiert sind. Insofern stellen rechtsextreme Parteien keinen Sonderfall dar. Auch der Anteil an Gewalttaten könnte ein falsches Bild zeichnen, denn Frauen und Mädchen spielen als Anstifterinnen im Hintergrund eine Rolle, die nicht dokumentiert und womöglich verkannt wird.

Frauen in der rechten Szene

Frauen und Mädchen in der rechten Szene galten jahrelang als „Freundin von“, als „Heimchen am Herd“, als bloßes Anhängsel der Männer. Ursache für diese Wahrnehmung war eine Unterschätzung von Frauen, aber auch das in den Medien verbreitete Stereotyp von Rechtsextremen als alkoholisierte männliche Skinheads. Frauen spielen jedoch eine wichtige Rolle in der rechten Szene. Und das Selbstbewusstsein der braunen Aktivistinnen ist gewachsen.

Heute wirken Frauen und Mädchen auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Strömungen des rechtsextremen Spektrums mit: vom völkisch-traditionalistischen Lager bis hin zur militanten Neonazi-Szene. Sie beteiligen sich an Aufmärschen, stehen am Infotisch und verteilen braune Propaganda oder kandidieren für die NPD. Rechtsextreme Frauenorganisationen werben Anhängerinnen, schaffen Zusammenhalt und schulen die weibliche Klientel.

„Wir stehen [...] im politischen Einsatz – in den Kreis- und Landesverbänden, teilweise als Mandatsträgerinnen, sie dienen als Mütter, die mit mehreren Kindern für den Fortbestand unseres Volkes sorgen. Denn wenn der nicht gesichert ist, brauchen wir auch keine Politik mehr zu machen [...]“

„Natürlich müssen wir nicht auf die Talbänke am politischen Kampf verzichten. Frauen [...] sind bewusst aus dem Schatten hitlerer Männerfronten getreten, um nun selbst anzutreten, auszuführen, durchzusetzen, zu kämpfen und zu führen! Wir Frauen in der Bewegung Nationaler Sozialisten werden nicht von Partei und Vereinigungen misshandelt, sondern sind selbst schon stark genug, der Bewegung eine Richtung zu geben!“

„Kameraden“ und „Kampfgefährtin“ „Ja“, so dachte ich anfangs. Dann begriff ich aber ziemlich schnell, dass ich im Endeffekt doch eher die Frau war. Das Frauenbild der Rechten ist auf Hausfrau, Mutter und unterstützende Kraft des Mannes festgelegt – nicht weniger, aber auch keinesfalls mehr! Mädchen, wir sind doch wohl wirklich selbstständig und klug genug, ohne „braune Kräfte“ selbst Entscheidungen zu fällen, oder??

FRIEDRICH EBER STIFTUNG
Fritz-Erler-Forum
Baden-Württemberg

Rollenbilder: Nicht nur das „Heimchen am Herd“

Jahrelang galten Mädchen und Frauen als „Freundin von...“, als „Heimchen am Herd“, als bloßes Anhängsel der Männer. Ursache dafür war ein Unterschätzen von Frauen als politische Akteurinnen (= Mitwirkende), aber auch das in Medien verbreitete Stereotyp (= Vereinfachung und Reduzierung) von Rechtsextremen als sozial randständige, bildungsferne, trinkfeste und gewalttätige Männer. In dieses Raster passen rechtsorientierte Frauen und Mädchen häufig nicht.

Ein einheitliches Rollenbild trifft man in der extremen Rechten nicht an. Das gilt auch und insbesondere für Frauen. Obwohl Rechtsextreme am Ideal der Mutterschaft als die „naturegegebene Aufgabe der Frau“ festhalten, vollzieht sich im praktischen Leben der Rechtsextremistinnen ein Bruch mit dem Mutterkult und verstaubten Ideologien. Unter dem Dach eines modernen Rechtsextremismus finden heute konservativ-traditionell orientierte Frauen ihren Platz, aber auch Gruppierungen und Einzelpersonen, die sich selbstbewusst als „nationale Feministinnen“ verstehen. Dabei können Frauen ihren Beitrag für das übergeordnete „Projekt Volksgemeinschaft“ frei wählen: Als Mutter, die durch das Gebären und die Erziehung möglichst vieler Kinder dem „nationalen Volkstod“ entgegensteuert oder als politische Akteurin, die sich aktiv für die „nationale Sache“ engagiert – oder beides. Auf diesen Zwiespalt machen zwei Aussagen von Rechtsextremistinnen aufmerksam, die auf der Tafel oben rechts als Sprechblasen verzeichnet sind.

Der blinde Fleck: Rechtsextreme Frauen

Klischeevorstellungen über rechtsextreme Frauen machen ihr Wirken leicht. Kaum eine der aktiven Rechtsextremistinnen sieht aus wie aus einem BDM-Film (BDM= Bund deutscher Mädel, Mädchenorganisation der NSDAP) entsprungen, mit Zöpfen und langen Röcken oder läuft martialisch gekleidet als Skingirl durch die Gegend. Es sind erschreckend normale Mädchen und Frauen, die sich extrem rechts engagieren. Sie entstammen allen Gesellschaftsschichten und Berufsgruppen und bilden so einen Querschnitt durch die Bevölkerung. Gemeinsam ist ihnen

ein völkisches Weltbild: Sie sind Rassistinnen, Antisemitinnen, extreme Nationalistinnen. Sie bekämpfen den demokratischen Staat, welcher das von ihnen verhasste System repräsentiert.

So lange sich das Bild der friedfertigen Frau hält, die resistenter gegenüber rechtsextremen Welterklärungsmodellen ist, werden die braunen Kameradinnen als politische Akteurinnen nicht wirklich wahr- und ernstgenommen. Wenn sie auf Staat und Gesellschaft schimpfen, soziale Schief lagen beklagen, nach Kindergärten und Schulen suchen, in denen der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund möglichst gering ist, sind sie zudem in ihrer Denkweise und Argumentation nicht so weit vom gesellschaftlichen Mainstream entfernt.

● Tipps zur Führung

Herausgestellt werden sollte die Diskrepanz zwischen den aktionistisch und den traditionell geprägten „Kameradinnen“. Ebenfalls kann man auf die Gefahr, die von Frauen aus der Szene ausgeht, hinweisen. So ist die Straffälligkeit von Frauen aus der rechten Szene seit Jahren stetig steigend. Gefährlich kann aber auch die sog. „Anti-Antifa-Arbeit“ sein. Durch ihre Unaufälligkeit fällt es Frauen leichter, Aufmärsche zu organisieren, Versammlungsorte anzumelden oder Daten über Personen zu sammeln, die sich gegen die rechte Szene stellen. Hiermit bereiten sie aber den Weg für Gewalttaten und Einschüchterungsakte gegen jene.

Auf der Ausstellungstafel findet sich oben rechts ein Foto der Rechtsextremistin und NPD-Frau Edda Schmidt. Frau Schmidt erscheint als ältere Dame, der keineswegs zugetraut wird, dass sie in Baden-Württemberg und in der gesamten Bundesrepublik eine führende Rechtsextremistin ist. Damit kann auch erneut auf die Problematik hingewiesen werden, dass Rechtsextremismus kein Jugendproblem ist.

Mögliche Fragen an die Teilnehmer_innen:

- *Wie hat sich das Bild von Mädchen und Frauen im Rechtsextremismus geändert? Welchen Unterschied seht ihr in dem Gefahrenpotential weiblicher und männlicher Extremist_innen?*

Es bietet sich zudem an, auf das Frauenzeichen im Hintergrund der Tafel einzugehen. Es ist unterlegt mit der „Schwarzen Sonne“, einem Symbol, das die rechte Szene als Ersatz für das verbotene Hakenkreuz nutzt. Diese „Schwarze Sonne“ ist nicht strafbar. Damit kann gesagt werden: Frauen und Mädchen sind in der rechten Szene aktiv, oft im Hintergrund und mit ihren politischen Positionen nicht sofort erkennbar. Sie treten scheinbar für Frauenrechte ein, aber nur, wenn sich diese auf „Biodeutsche“ und Mitglieder der „Volksgemeinschaft“ beziehen.

Auf der Tafel ist zudem ein Foto der mutmaßlichen Rechtsterroristin Beate Zschäpe abgebildet (Rechts

mittig neben dem Frauenzeichen). Bis heute ist nicht eindeutig belegt, welche Rolle Frau Zschäpe im Zusammenhang mit den Taten des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ spielte. Die Rolle von Mädchen und Frauen in der extremen Rechten nie wieder zu bagatellisieren (= herunterzuspielen), wäre jedoch die notwendige Konsequenz aus der Erfahrung mit der mutmaßlichen Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrundes“. Insofern kann der „Fall Zschäpe“ als ein Beispiel für das unsichtbare, aber gefährliche Wirken von Frauen herangezogen und bei der Führung angesprochen werden.

Problematische Äußerungen werden dabei verkleidet mit dem Zusatz: „Ich bin ja kein Nazi, aber...“. Daraus wird dann das Recht abgeleitet, dass man poltern, beleidigen und unverschämt sein darf. Dem ist nicht so und es gab bereits eine Reihe von Verurteilungen wegen Volksverhetzung bei einschlägigen Äußerungen im Internet.

Parolen wie „Die Flüchtlinge nehmen uns die Arbeitsplätze weg“, „Unter den Flüchtlingen sind viele Terroristen“ oder „Wir werden von Islamisten unterwandert“ gelten in rechten Kreisen als Gewissheiten. Es gibt auch zunehmend Verschwörungstheorien die besagen, es sei eine „Umvolkung“ (= Ein Austausch der angestammten und biodeutschen Bevölkerung) geplant und dass es eine Strategie gibt, Deutsche zur Minderheit im eigenen Volk zu machen. Politik und die „Lügenpresse“ werden als ein Teil dieser Strategie angesehen und sind einer dementsprechenden Hetze ausgesetzt.

Wie verhält man sich konkret im Alltag, wenn man mit solchen Aussagen und Stammtischparolen konfrontiert wird, die rechtsextremes Gedankengut enthalten? Wer die Welt erklären will, muss differenzieren und verschiedene Aspekte und Argumente abwägen. Aber eine solche Differenzierung ist „am Stammtisch“ nicht gefragt. Hier geht es zumeist darum, auf komplizierte Fragen einfache und scheinbar alles erklärende Antworten zu geben, deren Wurzeln oft in rechtsextremer Ideologie liegen. Zum Beispiel: Wer ist schuldig an der Arbeitslosigkeit? Die Ausländer_innen, die Flüchtlinge.

Um sich am Stammtisch zu behaupten, sollten Gesprächsregeln beachtet werden – Wie also kann man auf Stammtischparolen reagieren?

Auch wenn es schwierig ist: Wichtig ist es, Ruhe zu bewahren und sachlich zu bleiben. Beleidigungen des Gegenübers sind zu vermeiden. Auch wenn der Parolenschwinger so nicht erreicht wird und womöglich selbst ausfallend wird, merken Menschen, die zuhören und sich selbst vielleicht noch gar nicht an der Diskussion beteiligen, dass Vernunft und Selbstsicherheit in der Gegenrede liegen.

Eine wirksame Auseinandersetzung mit Parolen und Gegenargumentationen sollten verschiedene Kommunikationsebenen beachten. Inhaltlich sollte man nicht dem schnellen Wechsel von Vorurteilen folgen, sondern auf einem Thema beharren und konkrete Beispiele einfordern. Bei Entgegnungen kann man die Folgen ansprechen, die Widersprüche aufdecken („Wieso nehmen die Ausländer_innen uns die Arbeit weg, wenn sie doch angeblich so schlecht in der Schule sind?“) und die pauschalen Zuschreibungen in Frage stellen („Wer ist wir? Wer sind die“?). In einer solchen Situation können Beharren auf Logik und direktes Nachfragen helfen. Anregungen dazu finden sich auf der Ausstellungstafel. Hier werden gängigen Stammtischparolen Fakten und Argumente zugeordnet, die genutzt werden können, um die verkürzten Aussagen der Gesprächsführer_innen zu entkräften.

Perspektiven wechseln und authentisch bleiben – Wie gestaltet man ein Gespräch?

Gegenargumente werden zwar gerne verdreht und den dumpfen Vorurteilen kann man oft keine vielschichtigen Argumente entgegensetzen, dennoch sollte man auf die Gefühle der anderen eingehen und Brücken bauen, wie: „Du sagst das jetzt so, aber überleg doch mal...“ So entsteht eine Beziehung, die hilft, den Gesprächsverlauf zu lenken. Das Gegenüber fühlt sich als Mensch nicht abgewertet und in die (rechte) Ecke gestellt.

Ein Sonderfall sind so genannte „Fake News“, also Falschmeldungen. Hassbotschaften, Diffamierungen und Falschmeldungen überschwemmen vor allem die sozialen Netzwerke und verbreiten sich mit großer Geschwindigkeit. Hasskommentare können gemeldet werden – direkt bei den Anbietern, aber zum Beispiel auch beim Jugendschutz.net. Der österreichische Internetdienst Mimikama.at sowie Hoaxmap.org sammeln und entlarven Falschmeldungen.

● Tipps zur Führung

Um die geringe Aussagekraft und Wirkung von Stammtischparolen zu verdeutlichen, lässt sich auf die persönliche Erfahrung der Teilnehmer_innen zurückgreifen.

Mögliche Fragen an die Teilnehmer_innen:

- *Welche Parolen hört ihr häufig? Über welche regt ihr euch ganz besonders auf?*

Denkbar wäre außerdem, eine Stammtischparole aufzugreifen, die von einer kleineren Gruppe Freiwilliger (zwei bis drei Personen) vertreten wird. Eine andere Gruppe hat nun die Aufgabe, diese Parole zu widerlegen. Gibt es Gewinner?

Zum Schluss kann darauf hingewiesen werden, dass verschiedene Träger der Bildungsarbeit „Argumentationstrainings gegen Stammtischparolen“ anbieten, die Fachwissen und Selbstsicherheit vermitteln.

Tafel 16: Was tun? – Was tun!

Zum Abschluss der Ausstellung gibt die letzte Tafel Anregungen, was gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Diskriminierung und Gewalt getan werden kann. Dabei nennt sie nicht nur Beispiele und Handlungstipps, sondern verweist auch auf konkrete Infomaterialien und weiterführende Literatur.

Hintergrundinformationen

Jeder Einzelne kann etwas gegen Diskriminierung, Rassismus und Gewalt sowie für Toleranz und Menschlichkeit tun. Die Verantwortung für ein friedliches Miteinander sollte nicht nur staatlichen Institutionen (Polizei, Gerichten, Verfassungsschutz) zugewiesen werden, sondern auch von jedem einzelnen Bürger, der innerhalb dieser Gemeinschaft lebt, mitgetragen werden. Möglichkeiten, sich für Demokratie und Menschenrechte einzusetzen, gibt es viele: von der klassischen Demonstration gegen Aufmärsche extremer Gruppierungen oder der Gründung und Mitarbeit in Bündnissen bis hin zu der aktiven Unterstützung von Menschen, die ausgegrenzt und diskriminiert werden. Auf die Dauer kann es frustrierend sein, immer nur gegen Rechtsextremismus einzutreten. Deshalb trägt unsere Ausstellung nicht nur den Titel „Rechtsextremismus bekämpfen“, sondern auch „Demokratie stärken“. Von Friedrich Ebert stammt der Satz: „Demokratie braucht Demokraten“, heute würde man sagen: Demokratinnen und Demokraten. Vor allem braucht die Demokratie auch junge Menschen, die sich einbringen und mitmischen. Ein Engagement für Demokratie ist überall möglich: In Schulen, Universitäten, Betrieben, Vereinen und Initiativen oder in vielen anderen Zusammenhängen.

Die beste präventive Strategie gegen Rechtsextremismus ist die Stärkung der Demokratie. Denn auch wenn es manchmal so scheint: Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss fortwährend neu gelernt und erarbeitet werden. Ähnlich wie die Friedrich-Ebert-Stiftung bieten in diesem Kontext mehrere Institutionen und Organisationen deutschlandweit Veranstaltungen an, die ein Bewusstsein für demokratische Abläufe und Partizipation (= Mitwirkungsmöglichkeiten) schaffen.



Auf Tafel 16 werden verschiedene (Internet-) Adressen genannt, die nicht zuletzt dabei helfen, sich Wissen über die rechte Szene anzueignen. Hier kann man auch erfahren, wo Beratung und Unterstützung zu bekommen ist. Im Anhang dieses Teamerleitfadens findet sich zudem ein ausführlicher Serviceteil mit vielen weiteren Links.

Besonders hervorzuheben ist dabei die Arbeit des Demokratiezentriums Baden-Württemberg, unter dessen Dach vielfältige Angebote zu finden sind. Eine Ideenbörse für Aktivitäten gegen rechts bietet zudem das von der Landesarbeitsgemeinschaft „Offene Jugendbildung Baden-Württemberg“ im Jahr 2017 herausgegebene „Handbuch für lokale Bündnisse gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“. Als kreative Aktionsideen werden Mitmachangebote genannt, die als Anregung für eigene Aktionen dienen können. Zwei Beispiele:

Spendenaktion Charity-Walk: Für jeden Meter den eine menschenfeindliche Demonstration zurücklegt, können Einzelpersonen und Unternehmen eine bestimmte Summe an ein Menschenrechtsprojekt spenden. Das kann durch Plakate und Kreidezeichnungen entlang der Route gekennzeichnet werden.

Erste Hilfe für Demokratie: Mit Arztkitteln, Mundschutz und Kopfhaube; Verteilen von Ersthelferausweisen für die Demokratie (mit Infos zum Thema) nach dem Motto „Vorbeugen ist besser als heilen“.

● Tipps zur Führung

Zur Förderung von Demokratie können unterschiedlichste Formen des Engagements beitragen. Hier sollte darauf aufmerksam gemacht werden, dass auch die Teilnehmer_innen selbst bereits jetzt zur Stärkung des demokratischen Bewusstseins beitragen. Als Beispiele wären hier die Partizipation in Jugendparlamenten der Kommune, das Engagement als Klassensprecher_in oder die Mitgliedschaft einer Flüchtlingsinitiative zu nennen.

Mögliche Fragen an die Teilnehmer_innen:

- *Habt ihr schon einmal an einer Aktion gegen rechts teilgenommen? Wie setzt ihr euch im Alltag für Demokratie ein?*

Darüber hinaus bietet es sich an, auf die Einschätzung des persönlichen Lernerfolges der Teilnehmer_innen einzugehen. Dazu könnte eine kleine Feedbackrunde initiiert werden.

Mögliche Fragen an die Teilnehmer_innen:

- *Wie schätzt ihr euren persönlichen Lernerfolg zum Thema Rechtsextremismus nach der Ausstellung ein? Was hat euch besonders beeindruckt? Welches Thema ist euch besonders in Erinnerung geblieben? Würdet ihr euren Freunden empfehlen, die Ausstellung zu besuchen? Was fandet ihr an der Ausstellung gut? Wo könnte man etwas verbessern?*

Zum Schluss könnte man auch auf die wieder erblühte weiße Rose auf der Tafel verweisen und fragen, ob jemandem die verblühte Rose auf der ersten Tafel aufgefallen ist.

Serviceeteil

Liebe Teamerinnen und Teamer, liebe Ausstellungsguides, nicht jede Frage lässt sich sofort beantworten. Deshalb möchten wir euch zusätzlich Informationen mit auf den Weg geben, die euch bei der Ausstellungsführung sowie der Vor- und Nachbereitung unterstützen können. Im Folgenden findet ihr in einem ersten Teil Links gegen rechts, daran anschließend geben wir euch Tipps zu themenbezogener Literatur und stellen euch am Ende Anregungen zu Filmen zur Verfügung, die euch oder euren Teilnehmer_innen helfen, tiefer in einzelne Themen der Ausstellung einzusteigen.

1) Links gegen rechts

Auf der Ausstellungstafel 16 „Was tun? Was tun!“ sind eine Reihe von Links verzeichnet. Wir möchten Euch eine kleine Ergänzung mit Erläuterungen zu einzelnen Verweisen geben. Dadurch können wir euch die Fragen beantworten: Was findet sich wo? Für welche Tafel(n) sind zusätzliche Informationen besonders hilfreich und können Euch bei der Vorbereitung der Ausstellungsführung helfen?

www.amadeu-antonio-stiftung.de

Das Ziel der Amadeu Antonio Stiftung ist es, eine demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet. Dabei ist es der Stiftung ein wichtiges Anliegen, gleichermaßen gegen Antisemitismus und Rassismus zu arbeiten. Antisemitismus, auch in Form von Israelfeindlichkeit, und Rassismus sind ein in Deutschland weit verbreitetes Problem, das noch zu wenig wahrgenommen wird. Dieser gesellschaftlichen Fehlwahrnehmung setzt die Stiftung Aufklärung, Sensibilisierung sowie Beratung und Förderung von lokalen Initiativen entgegen. Gemeinsam mit Pro Asyl hat die Amadeu Antonio Stiftung die „Aktion Schutzschild“ ins Leben gerufen, deren Ziel es ist, „einerseits mittels eigener Aktivitäten vor allem im ländlichen Raum Ostdeutschlands Expertise aufzubauen und andererseits bundesweit örtliche Initiativen und Kommunen zu beraten, wie Geflüchtete vor Gewalt geschützt

und Integrationshilfe vor Ort geleistet werden kann“. Auf der Homepage der Aktion findet sich zudem eine Chronik flüchtlingsfeindlicher Übergriffe: www.amadeu-antonio-stiftung.de/die-stiftung-aktiv/projekte/projekt-aktion-schutzschild/.

www.bnr.de

Bnr, der „Blick nach rechts“, ist ein von Sozialdemokrat_innen ins Leben gerufenes Informationsportal über die Aktivitäten der extremen Rechten. Aktuelle Meldungen und Hintergrundberichte über die extreme Rechte sind hier verfügbar.

www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat ein Dossier zum Themenschwerpunkt Rechtsextremismus eingerichtet. Dort finden sich Texte, Bilder, Audios, aber auch Videos. Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindschaft – Was heißt das eigentlich? Darüber hinaus verschaffen kurze und leicht verständliche „Erklärvideos“ einen Überblick: www.bpb.de/mediathek/185752/was-ist-das-glossar-begriffe-als-erkl%C3%A4rvideos

- Die Videos mit den Begriffserklärungen unterstützen Euch bei Tafel 4 „Rechtsextremes Weltbild“. Hier erfahrt Ihr auch, was die „Autonomen Nationalisten“ sind, was die NPD will oder was es mit den „Unsterblichen“ auf sich hat. Diese Informationen könnt Ihr einsetzen für die Tafeln 8 „Rechtsextreme Parteien“, 9 „Rechtspopulismus“ und 13 „Rechtsextreme Jugendszene“.

Informationen findet Ihr auch bei der Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg (www.lpb-bw.de), die zudem ein Spezialportal zum Rechtsextremismus betreibt: www.lpb-bw.de/rechtsextremismus0.html. Über die Website ist zum Beispiel das 2014 herausgegebene Planspiel „Soundcheck“ abrufbar. Ein Seminar über rechtsextreme Musik findet ihr unter folgendem Link: www.lpb-bw.de/fileadmin/lpb_hauptportal/pdf/planspiel/planspiel_soundcheck.pdf.

Unter dem Dach der Landeszentrale arbeitet auch das Team Mex, dessen Aufgabe eine allgemeine „Extremismusprävention“ ist, das aber auch gegen rechts aktiv ist: www.team-mex.de.

www.dasversteckspiel.de

Die Homepage von „Das Versteckspiel“ informiert über Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen.

- Habt Ihr zum Beispiel vergessen, was die „Schwarze Sonne“ auf Tafel 14 „Frauen in der rechten Szene“ bedeutet? Hier werdet Ihr fündig. Besonders nützlich ist dieser Link auch für Tafel 11 „Rechtsextreme Jugendszene“.

www.demokratiezentrum-bw.de

Informationen, Beratung über die extreme Rechte und „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ in Baden-Württemberg findet ihr beim Demokratiezentrum Baden-Württemberg. Außerdem könnt ihr Präventionsangebote, Projekte und lokale Ansprechpartner_innen in Erfahrung bringen und damit die Fragen beantworten: Wer engagiert sich in Baden-Württemberg gegen rechts? Was sind die aktuellen Entwicklungen im Lande? Die dort hinterlegte Presseschau bringt euch auf den neusten Stand.

- Auf dieser Grundlage könnt ihr die Informationen auf Tafel 6 „Rechte Aktivitäten in Baden-Württemberg“ selbständig ergänzen. Ihr findet zudem Definitionen, die für die Eingangstafeln wichtig sind. Außerdem gibt es hier die Möglichkeit, rechtsextreme Taten zu melden. Das kann für Tafel 16 eine hilfreiche Information sein.

www.endstation-rechts.de/

Endstation rechts ist eine Informationsplattform über extrem rechte Aktivitäten, die von der SPD und Jusos aus Mecklenburg-Vorpommern ins Leben gerufen wurde. Längst ist diese Seite aber zu einem bundesweiten Infor-

mationsportal geworden. 2008 startete unter dem Dach von „Endstation rechts“ die satirische Kampagne Storch Heinar. Unter Bezug auf die in rechtsextremen Kreisen sehr beliebte und identitätsstiftende Marke „Thor Steinar“ karikiert sie Neonazis und ihre Rituale: www.storch-heinar.de.

www.exit-deutschland.de

EXIT-Deutschland ist eine Ausstiegsberatung, die als nicht-staatliche Initiative Menschen unterstützt, die mit dem Rechtsextremismus brechen und sich ein neues Leben aufbauen wollen. Die Ausstiegsberatung in Baden-Württemberg, BIG REX, wird betrieben vom Landeskriminalamt: www.kpebw.de/kpebw-2/.

www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/

Die Seite informiert über aktuelle Entwicklungen und Erscheinungsformen im Rechtsextremismus. Hier sind u.a. empirische Studien abrufbar, die sich mit rechten Einstellungen in der Mitte der Bevölkerung beschäftigen. Über die jüngsten Ergebnisse der „Mitte-Studien“, erschienen 2016 unter dem Titel „Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände“, informiert dieser Link: http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_16/Gespaltene%20Mitte_Feindselige%20Zust%C3%A4nde.pdf.

- Die Informationen ergänzen die Tafel 10 „Vom Rand zur Mitte“. Ein Schwerpunkt widmet sich zudem den Einstellungen unter AfD-Sympathisanten und enthält Informationen zu Tafel 9 „Rechtspopulismus“.

<http://gender-und-rechtsextremismus.de>

Die Fachstelle „Gender und Rechtsextremismus“ der Amadeu-Antonio-Stiftung (www.amadeu-antonio-stiftung.de) informiert über geschlechtsspezifische Zugänge zum Rechtsextremismus und insbesondere über die Rolle von Frauen und Mädchen in der extremen Rechten. Weitere Infos zeigt die Seite: www.frauen-und-rechtsextremismus.de. Das bundesweite antifaschistische Forschungs-

netzwerk Frauen und Rechtsextremismus setzt sich aus Expertinnen zusammen, deren Forschungs- und Recherchegebiete geschlechtsspezifische Aspekte des Rechtsextremismus sind. Das Netzwerk leistet Bildungsarbeit und publiziert regelmäßig seine Ergebnisse.

- Diese Informationen bieten Hintergrundinfos für Tafel 14 „Frauen in der rechten Szene“.

www.hass-im-netz.info

Das Informationsangebot von [hass-im-netz.info](http://www.hass-im-netz.info) informiert über Erscheinungsformen und Aktivitäten der extremen Rechten im Internet.

- Diese Informationen sind nützlich für Tafel 12 „Erlebniswelt Rechtsextremismus“.

www.klicksafe.de

Die EU-Initiative für mehr Sicherheit im Netz beschäftigt sich mit problematischen Inhalten im Internet, darunter auch mit dem Themenkomplex Rechtsextremismus. Hier finden sich Unterrichtsmaterial und Projektideen zum Thema.

www.mut-gegen-rechte-gewalt.de

Das Portal gegen Neonazis wurde im Jahr 2000 von dem Magazin „Stern“ gemeinsam mit der Amadeu Antonio Stiftung ins Leben gerufen. Die stern-Aktion „Mut gegen rechte Gewalt“ will zu mehr Zivilcourage ermutigen und leistet Initiativen unbürokratische Hilfe gegen Rechtsextremismus. Mehr als 210 Projekte wurden bis zum Jahr 2017 gefördert. Hier finden sich umfassende Informationen und auch Praxistipps. Ein Beispiel ist der Artikel „Parolen parieren – mit guten Argumenten“: <https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/projekte/tipps-fuer-engagement/argumente>.

- Dieser Artikel ist hilfreich für Tafel 14 „Was tun bei Stammtischparolen?“.

www.belltower.news/

„Mit Rat und Tat gegen Rechtsextremismus“. Das Portal bietet eine tägliche Presseschau. Darüber hinaus bleibt in den Rubriken Wissen und Lexikon (fast) keine Frage über Erscheinungsformen und Akteure der extremen Rechten offen. Zudem gibt es Ratschläge, wie man gegen rechts aktiv werden kann.

- Dieser Link ist für alle Tafeln hilfreich.

Tipp: Wenn Ihr nach Personen aus der rechten Szene gefragt werdet, könnt Ihr hier nachschauen. Belltower zeigt auch kurze Videoclips. Unter dem Motto „10 Sekunden gegen Nazis“ sagen Prominente, warum sie gegen Nazis eintreten: <http://www.belltower.news/category/lexikon/10sekunden>.

- Diese Informationen könnt ihr auch für Tafel 16 „Was tun? Was tun!“ nutzen. Vielleicht erstellt Ihr selbst kleine Handyclips?

www.netzwerk-courage.de/

Das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) ist ein bundesweites Netzwerk, das von jungen Leuten getragen wird und sich für Demokratieförderung und gegen menschenverachtendes Denken engagiert. Das Hauptaufgabefeld des NDC ist die Ausbildung von jungen Menschen als Multiplikator_innen und die Durchführung von Projekttagen, Seminaren und Fortbildungen an Schulen, Berufsschulen, Bildungseinrichtungen sowie für viele andere Gruppen. Das Netzwerk für Demokratie und Courage hat gemeinsam mit der DGB-Jugend Nord in einem Konzeptordner „Demokratie macht Schule“ pädagogisches Material zusammengestellt. Hier geht es zum Themenkomplex Rechtsextremismus: <http://nord-jugend.dgb.de/schule/demokratie-macht-schule>.

www.publikative.org

Der Tagesschauredakteur Patrick Gensing betreibt auf dieser Seite ein Informationsportal mit Hintergrundberichten

über die Aktivitäten der extremen Rechten und die zivilgesellschaftliche Gegenwehr.

www.rechtesland.de

Rechtes Land ist ein Atlas über rechte Aktivitäten in Deutschland. Er wird betrieben vom apabiz, dem Antifaschistischen Presse und Bildungszentrum Berlin e.V. (www.apabiz.de).

www.rechts-aussen.de

„Rechts außen – Mittendrin?“ lautet der Titel einer Ausstellung des Beratungsnetzwerks Hessen. Hier finden sich zahlreiche methodische und didaktische Anregungen für die Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex Rechts extremismus, die unsere Ausstellung ergänzen und weitere Impulse zur Präsentation der FES-Ausstellung liefern können.

www.verfassungsschutz-bw.de

Die jährlich erscheinenden Verfassungsschutzberichte fassen amtliche Zahlen, Daten und Fakten zu verfassungsfeindlichen Bestrebungen in Baden-Württemberg zusammen. Die Landesbehörde für Verfassungsschutz in NRW gibt einen Comic heraus, der über die Gefahren und Anwerbeversuche der extremen Rechten informieren soll: www.andi.nrw.de/andi1/Download/comic_gross.pdf.

- Hilfreich sind diese Informationen für Tafel 6 „Rechte Aktivitäten in Baden-Württemberg“ und Tafel 8 „Rechtsextreme Parteien“.

Auf dem Portal „Belltower“ (www.belltower.news/) finden sich kurze Jahresrückblicke zu rechtsextremen Aktivitäten in den einzelnen Bundesländern. Unter diesen Links sind die Jahresberichte für Baden-Württemberg verzeichnet. Sie ergänzen und erweitern die Sicht der Verfassungsschutzbehörden:

2014:
www.belltower.news/lexikon/jahresr%C3%BCckblick-2014

2015:
www.belltower.news/lexikon/jahresr%C3%BCckblick-2015

2016:
www.belltower.news/lexikon/jahresr%C3%BCckblick-2016

2017:
www.belltower.news/lexikon/jahresr%C3%BCckblick-2017

www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2010-09/todesopfer-rechte-gewalt

Hier finden sich Informationen über die Todesopfer rechter Gewalt. Diese Seite unterstützt Euch bei Tafel 7 „Todesopfer rechter Gewalt seit 1990“. Unter diesem Link könnt ihr Namen und Todesumstände der Opfer recherchieren. Umfassendere Infos zu den Opfern in Baden-Württemberg bietet diese Seite: <http://unvergessen.blogspot.de/>. Informationen zur mutmaßlichen Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) an neun Migranten und der Polizistin Kiesewetter 2007 in Heilbronn finden sich hier: www.swr.de/landesschau-aktuell/bw/dossier-zum-nsu-komplex-der-nsu-und-baden-wuerttemberg/-/id=1622/did=15489850/nid=1622/p2rf94/.

2) Literatur

Bücher und Aufsätze zum Themenbereich sind zahlreich erschienen. Wir beschränken uns auf eine kleine Auswahl an aktuellen Publikationen, die verschiedene Facetten der Problematik aufgreifen. Die Veröffentlichungen der FES sind in der Regel auch online abrufbar.

Amadeu Antonio Stiftung, Radvan, Heike, Hg. (2013), Gender und Rechtsextremismusprävention, Berlin.

Aust, Stefan, Laabs, Dirk (2014), Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU, München.

Blaschke, Ronny (2011), Angriff von Rechtsaußen. Wie Neonazis den Fußball missbrauchen, Göttingen.

Braun, Stephan, Geisler, Alexander, Gerster, Martin, Hg. (2016), Strategien der extremen Rechten, Hintergründe - Analysen – Antworten, Wiesbaden (Anmerkung: Der Band ist bereits 2015 erschienen).

Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V., Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, Hg. (2012), Handbuch für lokale Bündnisse gegen Rechtsextremismus, Magdeburg.

Förster, Andreas, Hg. (2014), Geheimsache NSU. Zehn Morde, von Aufklärung keine Spur, Tübingen.

Funke, Hajo (2015), Staatsaffäre NSU. Eine Streitschrift, Münster.

Glaser, Stefan, Pfeiffer Thomas, Hg. (2013), Erlebnisswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe-Methoden-Praxis der Prävention, Schwalbach/Ts.

Grau, Andreas, Heitmeyer, Wilhelm, Hg. (2013), Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden, Weinheim/Basel.

Heitmeyer, Wilhelm, Hg. (2012), Deutsche Zustände. Folge 10, Berlin.

Henßler, Vera, Overdiek, Ulrich (2014), Vor Ort entscheidet. Kommunale Strategien gegen Rechtsextremismus, Berlin (FES Publikation).

Kuban, Thomas (2012), Blut muss fließen. Undercover unter Nazis, Frankfurt am Main.

Langenbacher, Nora, Schellenberg, Britta, Hg. (2011), Europa auf dem rechten Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa, Berlin/Bonn (FES-Publikation).

Melzer, Ralf, Serafin, Sebastian, Hg. (2013), Rechtsextremismus in Europa. Länderanalysen, Gegenstrategien und arbeitsmarktorientierte Ausstiegsarbeit, Berlin (FES-Publikation).

Molthagen, Dietmar, Klärner, Andreas, Hg. (2008), Lern- und Arbeitsbuch „Gegen Rechtsextremismus“ – Handeln für Demokratie, Berlin (FES Publikation).

Röpke, Andrea, Speit, Andreas, Hg. (2013), Blut und Ehre. Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland, Berlin.

Röpke, Andrea, Speit, Andreas (2011), Mädelsache! Frauen in der Neonazi-Szene, Berlin.

Staud, Toralf, Ratke, Johannes (2012), Neue Nazis. Jenseits der NPD: Populisten, Autonome Nationalisten und der Terror von rechts, Köln.

Zick, Andreas, Küpper, Beate, Krause, Daniela: Hg. (2016), Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Bonn (FES Publikation).

3) Filme

Der Einsatz von Filmen und Videos als Medium in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung lockert Vorträge und Veranstaltungen auf. Jedoch ist dabei zu beachten, dass keine Urheberrechte verletzt werden. Auf YouTube sind viele Videos verfügbar, wobei die Rechtslage oftmals nicht klar ist. Deshalb nur wenige Tipps:

Die Amadeu-Antonio-Stiftung betreibt die Seite www.filmab-gegennazis.de/. Kurzbeschreibung der Stiftung: „Im Fokus der Website stehen 12 Filme, die wir für die schulische und außerschulische Arbeit empfehlen. Jeder Film wird einzeln vorgestellt mit einer Inhaltsangabe, Informationen zum Verleih, zur entsprechenden Alterszielgruppe und zu pädagogischen Fragestellungen. Ebenso finden Sie Schlagwörter zu Themen, die in dem Film auftauchen und in unserem umfangreichen Glossar vertiefend behandelt werden. Hier finden Sie auch Links zu weiterführenden Informationen und Quellen. Für jeden Film gibt es ein Arbeitsblatt, das Sie für Ihre Arbeit in der Schule oder in der Jugendeinrichtung nutzen können.“

„Die NPD: Heimat, Hitler, Hass“. Eine 31-minütige Dokumentation von Rainer Fromm aus dem Jahr 2013 www.politische-bildung.nrw.de/multimedia/heimat-hitler-hass/index.html (online verfügbar). Abrufbar auf Youtube: www.youtube.com/watch?v=eRgB2gFRelo.

„Im Feind vereint-Europas rechtsextreme Internationale“. Eine Dokumentation von Rainer Fromm hg. von der Landeszentrale für politische Bildung NRW, 2014, 28 Minuten: www.politische-bildung.nrw.de/multimedia/im-feind-vereint/index.html.

Eine Langfassung von 45 Minuten wurde auf ZDF.info ausgestrahlt und ist unter dem Titel: „Europa rechte Hetzer-Rechtsextremisten auf dem Vormarsch“ abrufbar unter: www.youtube.com/watch?v=X_wq6HR84hk.

„Braune Kameradin – Frauen in der Neonazi-Szene“. Der 13-minütige Film von Otto Belina, Andrea Röpke und Laas Boje aus dem Jahr 2010/2011 kann zum Selbstkostenpreis von 5 Euro über die Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN unter www.arug.de bezogen werden.

Ein ehemaliger Rechtsextremist aus Thüringen berichtet in mehreren Folgen über seinen Werdegang in der Szene, seine Weltanschauung, Strategien der extremen Rechten und seine Ausstiegsmotivation: www.exit-deutschland.de/projekte/?c=mein-ausstieg.

